Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 54. Mittwoch, den 5. März 1913. 20. Jahrg.

Auf zur heutigen Wendel-Versammlung im Gewerkschaftshaus!

Hierzu eine Beilage und das „Wöchentliche Unterhaltungsblatt“.

Unsere Gegenwartsforderungen.

Soll man den Redensarten der bürgerlichen Wortführer Glauben schenken, so gibt es eigentlich keine schlimmeren Arbeiterfeinde als die Sozialdemokraten. Denn, sagen sie, diese schimpfen zwar über die Mißstände der heutigen Verhältnisse und jammern über das unglückliche Los der Arbeiter; aber anstatt für sofortige Abhilfe zu sorgen, verweisen sie die Arbeiter auf einen sozialistischen Zukunftsstaat, der doch nie verwirklicht werden kann. Nur diejenigen, die wie wir sich auf den Boden der heutigen Ordnung stellen und sie für ewig halten, können sich mit Eifer der Verbesserung der heutigen Mißstände durch Reform hingeben — daher sind wir alle, Liberale und Antisemiten, Fortschrittler und Zentrumschristen, so unermüdliche Reformfreunde, stets bedacht, das Los der Arbeiter zu verbessern. Die Sozialisten dagegen haben es bequemer; anstatt mit Hand ans Werk zu legen, vertrösten sie die Menschen einfach auf die Zukunft. Sie lehnen die von uns geplanten Reformen ab — unter dem Vorwand, daß sie einen Hohn auf die Arbeiterforderungen darstellen oder angebliche arbeiterfeindliche Bestimmungen enthalten; — sie verhalten sich bloß negierend; und das ist auch selbstverständlich, denn wenn die Mißstände innerhalb des Rahmens der heutigen Welt aufgehoben würden und damit jeder Grund zur Unzufriedenheit beseitigt wäre, so könnte natürlich aus dem Zukunftsstaat nichts werden.

Die Sozialdemokratie hat den Schwindel dieser Arbeiterfreunde immer mit leichter Mühe entlarvt. Sie sagte: Bitte, meine Herren, zeigen Sie dann mal Ihren Reformeifer! Sie bilden ja zusammen die Mehrheit in den Parlamenten, beiseitigen Sie also die Mißstände des Kapitalismus!“ Und um ihre eigene Stellung zu den Reformen klarzumachen, brauchte sie nur auf ihre Theorie, ihre Praxis und ihr Programm zu verweisen.

Unsere Theorie sagt uns, daß der Sozialismus nicht durch eine Revolte hungriger, zerlumpter Bettler auf den Ruinen der bisherigen Gesellschaft errichtet werden kann, sondern nur das Resultat des machtvollen Aufstieges einer um jede Position, um jeden Fortschritt kämpfenden organisierten Proletarierarmee ist. Die Praxis zeigt, daß die Sozialdemokraten die unermüdlichen Verfechter jeder Reform, jeder Verbesserung im Interesse der ausgebeuteten Massen sind, während die bürgerlichen Parteien ihre Vorschläge immer zurückweisen mit den Worten: Unmöglich! Uebertriebene Forderungen! Daß aber diese Vorschläge nicht aufs Geratewohl gemacht werden, bloß um sich Popularität zu verschaffen, sondern notwendig aus unserer Grundanschauung aufwachsen, das zeigt unser Programm, das unsere Augenblicksforderungen als ein zusammenhängendes System von Reformvorschlägen zur Verbesserung der kapitalistischen Welt enthält. Dieses Programm legen wir den bürgerlichen Parteien vor, um daran ihren Reformeifer zu erproben, wenn das alles verwirklicht ist, sprechen wir einander näher.

Aber sie wollen nicht. Das sind ja ganz unmögliche Forderungen, rufen sie aus, die vielleicht für eine phantastische sozialistische Gesellschaft mit lauter Engeln und Brüdern passen könnten, aber nicht für unsere heutige kapitalistische Welt, wo die Menschen, an Besitz, Tatkraft und Zielen verschieden, nur durch Egoismus beherrscht, einander bekämpfen und von einer starken Staatsgewalt im Zaume gehalten werden müssen. Aber darin irren sie sich. Dieses Programm enthält nichts, was mit dem Kapitalismus unvereinbar wäre. Es läßt die Ausbeutung selbst und den Klassengegensatz bestehen und will nur alle hinzukommende Unterdrückung und Zurückstellung des Proletariats beseitigen, seine politische Entrechtung, seine Versklavung unter dem Militarismus, den schlechten Unterricht seiner Kinder, die sinnlose Vergeudung seiner Arbeitskraft.

Sehen wir uns den Inhalt dieser „unmöglichen“ Forderungen an. Voran steht da: allgemeines gleiches Wahlrecht, auch für die Frauen, Proportionalwahl, ~~Wahl der Behörden durch das Volk~~, ~~Selbstverwaltung~~. Daß darin nichts Unmögliches steckt, beweist die Tatsache, daß diese Forderungen in anderen Ländern zum Teil verwirklicht sind. Dann kommt die Volkswehr an Stelle des heutigen Militarismus; zahllose Erfahrungen beweisen, daß für die Wehrhaftigkeit eines Volkes das System der Volkswehr ebenso gut, vielleicht noch besser ist, als eine Armee, die einen langen Kasernendrill hinter sich hat. Auch in der Erklärung der Religion zur Privatsache, in der Verbesserung des Volksschulunterrichts, in der Sicherung eines guten Rechtsschutzes kann nichts Unmögliches gefunden werden, und progressive Steuern auf den Besitz, unter Abschaffung der indirekten Steuern standen schon seit langem in dem Programm bürgerlicher Politiker. Oder soll etwa die Unmöglichkeit in den Forderungen einer Arbeiterschutzgesetzgebung liegen, die einen Normalarbeitstag, Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder, Verbot unnötiger Nachtarbeit, Sorge für Sicherheit und Gesundheit der Arbeiter, sowie eine gute Arbeiterversicherung durchführen soll?

Also alles reine Gegenwartsforderungen; nichts ist dabei, das eine andere Gesellschaftsordnung als die heutige voraussetzt. Wir fordern nicht Abschaffung aller Armeen — denn wir wissen, daß unter dem Kapitalismus die Kriege mitunter unvermeidlich sind. Wir fordern keine höhere und wissenschaftliche Ausbildung für jedes Kind — der Unterricht dient dem Leben, und die Stellung der Arbeitermassen in der kapitalistischen Produktion erfordert nur einen guten Elementarunterricht. Wir fordern keine Aufhebung der Arbeitslosigkeit — der Kapitalismus kann diese Grundquelle des Arbeiterelends nicht beseitigen. Unsere Forderungen stehen völlig auf dem Boden des Kapitalismus. Mehr noch, durch ihre Erfüllung würden erst die Grundprinzipien der bürgerlichen Gesellschaft verwirklicht werden, die rechtliche Gleichheit aller Menschen als Warenverkäufer, und der Anspruch der Arbeiter, nur ihre Arbeitskraft abzugeben und dafür den vollen Wert dieser Arbeitskraft zu erhalten.

Da erhebt sich die Frage, weshalb dann die bürgerlichen Parteien von diesen Forderungen nichts wissen wollen, deren Verwirklichung geradezu zum normalen Kapitalismus gehören würde? Die Sache ist furchtbar einfach: auch die Entwicklung zum Sozialismus gehört zur normalen Natur, zum innersten Wesen des Kapitalismus, einen Kapitalismus, der ewig bestehen bleiben soll. Die Erfüllung unserer Augenblicksforderungen, die die Arbeiter körperlich und geistig kräftig machen und die politische Macht in die Hände der Volksmehrheit legen würde, würde eine allmähliche, friedliche Umgestaltung der Gesellschaft zum Sozialismus anbahnen. In dem Maße, wie das Proletariat wächst und die Volksmasse die Ursachen ihrer Qualen erkennen, würden sie auch durch Enteignung der großen ausbeuterischen Monopole, sowie durch geeignete, kräftig durchgeführte Sozialreformen das Elend und die Not, worunter sie leiden, immer mehr eindämmen und damit den Kapitalismus untergraben können.

Das will aber die besitzende Klasse nicht. Daher versucht sie, die Arbeiter niederzuhalten und sie unwissend und politisch rechtlos zu lassen, in dem törichten Wahn, daß sie damit die Entwicklung überhaupt verhindert. Sie sieht nicht, daß sie dadurch nur bewirkt, daß die Entwicklung sich in gewaltsamen Katastrophen durchsetzen wird. Sie denkt nur an ihre augenblickliche Macht.

So liegt also die Sache. Unsere Augenblicksforderungen wären sehr gut durchführbar, aber sie stoßen bei der herrschenden Klasse auf eine starre Weigerung. Lieber, als daß sie ihre Macht und ihren Profit etwas schwächen läßt, soll die Unterdrückung, die Not, das Unrecht, worunter das Volk noch außer der eigentlichen Ausbeutung leidet, bestehen bleiben. Wir wissen, solange der Kapitalismus besteht, wird daran nur wenig gebessert werden. Nicht unsere Partei, sondern die Bourgeoisie vertröstet die Arbeiter auf den Zukunftsstaat. Die Bourgeosie sagt ihnen gleichsam: wollt ihr glückliche Menschen werden, so müßt ihr zuerst den Kapitalismus beseitigen. Damit wird sie also nur das Gegenteil dessen bewirken, was sie wünscht. Durch ihre reaktionäre Reformfeindlichkeit treibt sie die Arbeitermassen in unsere Reihen hinein und nötigt sie, dasjenige, was nicht friedlich gegeben wird, im energischen, revolutionären Kampfe zu erobern.

Politische Rundschau

Deutschland.

Aus dem Reichstage.

Die Spezialdebatte des Marineetats, die in der gestrigen Sitzung zu Ende geführt wurde, erstreckte sich fast ausschließlich auf Arbeiterfragen, die zum Teil schon am Vortag erörtert worden waren. Der Zentrumsmann Giesberts bezog sich hierbei auf die von unseren Rednern angefochtene Bestimmung in der Arbeitsordnung der Werften, die sich ausdrücklich gegen sozialdemokratische Agitatoren wendet. Herr Giesberts trat zwar für die Beseitigung dieser Bestimmung ein, aber die Begründung, die er seiner Stellungnahme gab, kennzeichnet viel besser ihn selbst und die Politik seiner Partei. Er sagte nämlich, die Bestimmung habe sich doch als wirkungslos erwiesen! Genosse Legien, der nach ihm zu Worte kam, versäumte es selbstverständlich nicht, den Redner des Zentrums auf sein erhabenes Gerechtigkeitsgefühl aufmerksam zu machen. Im übrigen vertrat unser Redner gegen den Staatssekretär und seine Umgebung die Rechte und Interessen der Arbeiter der Marineverwaltung. Er stellte dabei die Mindestforderung auf, die auch für Herrn von Tirpitz selbstverständlich sein müßte: daß in den Reichsmarinebetrieben mindestens die Lohn- und Arbeitsverhältnisse guter Privatbetriebe herrschen. Gegen die bequeme Ausrede der Marineverwaltung, daß immer ein großer Andrang zu ihren Arbeitsstellen zu verzeichnen sei, führte Genosse Legien eine Reihe höchst interessanter Zahlen an, die beweisen, wie groß der Wechsel in diesen Betrieben ist. Den unangenehmen Nachweis, aus dem hervorgeht, wie leicht enttäuscht die sich angeblich zu dieser Tätigkeit drängenden Arbeiter sind, suchte der Admiralitätsrat Harms durch eine eigene Statistik zu entkräften. Der Versuch mißlang ihm: Legien erneuerte und ergänzte seinen absolut unwiderleglichen zahlenmäßigen Beweis.

Nach Annahme einer Reihe von Resolutionen und nach kurzer Erledigung des Nachtragsetats für Neukamerun wurde die Generaldebatte des Reichskolonialamts eröffnet. Genosse Henke sprach als erster Redner unserer Fraktion. Die Denkschrift, die der Gouverneur von Ostafrika, Dr. Schnee, über die Besiedlung unserer Kolonien ausgearbeitet hat, gab ihm Veranlassung, die Besiedlungsfrage in längeren Ausführungen zu behandeln. Aus der Denkschrift und aus anderen Dokumenten wies er nach, daß der einstige phantastische Plan, in den Schutzgebieten eine großzügige Ansiedlung möglich zu machen, absolut gescheitert ist. Dasselbe konnte er von Kamerun sagen, und er empfahl statt dieser von uns immer bekämpften Methode die Pflege der Eingeborenenkultur. Freilich würden hierdurch die Plantagenbesitzer einigermaßen mißgestimmt werden, die heute die Anwerbung eingeborener Arbeiter, in anderen Worten den Arbeitszwang, oft in der brutalsten Weise durchgeführt haben wollen. Dagegen, wie überhaupt gegen die Mißhandlungen der Eingeborenen, gegen ihre meist planmäßige Vernichtung, wandte sich Genosse Henke mit aller Entschiedenheit, und auch gegen die Gefahr von Aufständen nannte er als das beste Mittel die menschenwürdige Behandlung der Farbigen. In seinen Schlußausführungen brachte er die prinzipielle Ablehnung der kapitalistischen Kolonialpolitik durch die Sozialdemokratie zum Ausdruck.

Die Debatte wird erst morgen fortgeführt werden. Heute ist Schwerinstag zur Beratung des konservativen Antrags auf Vermehrung der kleinen Garnisonen. Vielleicht wird Donnerstag auch das Etatsnotgesetz in zweiter Lesung behandelt, wenn die Budgetkommission, der die Vorlage gestern überwiesen worden ist, heute schon ihre Arbeit beendigen sollte.

Die Milliarde auch für den inneren Feind!

Das Hauptblatt für die Propaganda der Zerstörung aller Kultur, die „Kreuzzeitung“, regt sich über das deutsch-französische Friedensmanifest ungeheuerlich auf. Sie brüllt im Zorn sogar ihre heimlichen Gedanken aus: „Daß das rote deutsch-französische Manifest im übrigen gegen das stehende Heer als das Hindernis des Befreiungskampfes wettert, ist bezeichnend und lehrreich. Es ist das aber nur ein Beweis für die Not

wendigkeit der stehenden Heere, auch zur Erhaltung des Friedens im Innern, zur Verhinderung der sozialen Revolution."

Und wer soll die Milliarde bewilligen? Von welchem Gelde soll sie bezahlt werden?

Gerade die Junker der „Kreuzzeitung" wehren sich mit Händen und Füßen dagegen, daß ihr gutes Geld für den Militarismus ausgegeben wird. Das ist das echte Kulturgesindel!

Keine Bestätigung von Sozialdemokraten.

Die „Frankfurter Zeitung" hatte in der Besprechung der Wahl des Genossen Schmidt in den Frankfurter Magistrat mitgeteilt, daß in dem Städtchen Hofheim im Taunus schon seit zwei Jahren ein Sozialdemokrat als Stadtrat amtiere, der auch die Bestätigung der Regierung erhalten habe. Zu dieser Meldung, die auch in andere Blätter übergegangen ist, läßt jetzt der Regierungspräsident von Wiesbaden der „Frankfurter Ztg." berichtigend mitteilen, daß der erwählte Sozialdemokrat in Hofheim Magistratsschöffe sei, der keinerlei Bestätigung durch den König oder die Regierung bedürfe. Die Scharfmacher können sich also beruhigen, die preußische Regierung duldet keinen Sozialdemokraten in einem Magistratsamt, über das sie zu verfügen hat. Wenn es von der preußischen Regierung abhängig gewesen wäre, hätte sicher auch Frankfurt keinen Sozialdemokraten im Magistrat, denn die Wahl eines Sozialdemokraten in die Frankfurter Schuldeputation hat die Regierung seinerzeit prompt verhindert.

Der Eisenbahnetat im preußischen Abgeordnetenhause.

Im preußischen Abgeordnetenhause wurden am Dienstag bei der fortgesetzten Erörterung der finanzpolitischen Seite des Eisenbahnetats von verschiedenen Rednern der Rechten und des Zentrums Tarifermäßigungen zugunsten des niederschlesischen Kohlenreviers gefordert. An sich ist diese Forderung gewiß berechtigt; aber es macht einen sonderbaren Eindruck, wenn man sieht, wie plötzlich gerade die Vertreter dieser Parteien sich der Interessen der Arbeiter annehmen, denn angeblich sollen die Tarifermäßigungen lediglich den Arbeitern zugute kommen, die sonst arbeitslos und zur Abwanderung gezwungen werden. Offenbar haben die bevorstehenden Neuwahlen zum Landtage die Herren bewogen, sich auch einmal um die Interessen der Arbeiter zu kümmern. — Genosse Ströbel pflichtete sachlich den Ausführungen dieser Redner bei, bestätigte aber, daß sie bisher nichts getan haben, ihre Worte in die Tat umzusetzen. Weiter hielt Genosse Ströbel Abrechnung mit dem Eisenbahnminister, der von einer Beseitigung der ersten Wagenklasse nichts wissen will. Unser Genosse wies zahlenmäßig nach, wie unrentabel die erste Wagenklasse ist und betonte nochmals die Notwendigkeit, auch in die Schnellzüge die Wagen vierter Klasse einzulegen. Mit Recht konnte er dem Minister gegenüber nachweisen, daß es von einer völligen Unkenntnis der Verhältnisse zeuge, wenn behauptet werde, daß die Wagen vierter Klasse nur für kurze Strecken benutzt werden. Zum Schluß nagelte er das Verhalten der besitzenden Klassen fest, die jetzt angesichts der Lasten, die ihnen möglicherweise vom Reich durch die Militärvorlage aufgebürdet werden, auf der anderen Seite Steuererleichterungen in Preußen verlangen.

Zentrum und Nationalliberale zur Militärvorlage.

Während die „Germania" sich gegen die Militärvorlage und insbesondere auch gegen die beabsichtigte Deckung noch sehr reserviert verhält, und während sich selbst in der Reichstagsfraktion ziemliche Mißstimmung gegen die „Bayerische Staatszeitung" geltend macht, in der Hertling das Zentrum auf glatte Annahme der Regierungsvorlagen festnageln möchte, schwenkt auch das Bachem-Blatt, die „Kölnische Volkszeitung", zur Regierung ab. Die Staatsmänner im Zentrum scheinen die verlorene Position im Reichstag durch uneingeschränkte Nachgiebigkeit wieder erobern zu wollen, nachdem sich der Weg über die Reichstagsauflösung als ungangbar erwies. Die „Kölnische Volkszeitung" schreibt zu der Militärvorlage:

„Schwierig dürfte es sein, neben der einmaligen Vermögensabgabe, die im Reichstage eine wohlwollende Aufnahme findet, auch noch eine Erbschaftssteuer dem Reichstage zu unterbreiten, was bis in die letzten Tage hinein wahrscheinlich war. Die einmalige Vermögensabgabe verlangt 1 Proz. von allem Vermögen, das 100 000 Mk. und mehr beträgt. Bei einem Vermögen unter 100 000 Mk. bis zu 30 000 Mk. soll die Quote eine Abstufung erfahren, je nach der Höhe des Vermögens. Auch eine Dividendensteuer wird als Ergänzungssteuer für fortlaufende Ausgaben ins Auge gefaßt. Über den Umfang der Heeresvorlage steht so viel fest, daß die einmalige Ausgabe eine Milliarde, die fortlaufenden Ausgaben mindestens Zinsen noch mehr als eine Milliarde betragen, die nach Ansicht des Reichsschatzamtes auf fünf Jahre, nach dem Wunsche des Kriegsministeriums auf drei Jahre verteilt werden soll. Jedoch ist über die Frage, ob Triennium oder Quinquennat, noch keine Entscheidung getroffen worden. Durch die einmalige Vermögensabgabe ist ohne Zweifel auch der Heeresvorlage der Weg geebnet worden. .... Man ist heute schon der festen Zuversicht, daß die bürgerlichen Parteien alle bei der Beratung der Vorlage einig sein werden, und auch vielleicht einmütig die Annahme der Vorlage bewirken werden."

Unzweideutiger kann der Wille der staatsmännischen Richtung im Zentrum zur Annahme der Militärvorlage nicht zum Ausdruck gebracht werden. Daß die Nationalliberalen nicht gegen die Militärvorlage sind, ist klar, auch wenn sie noch so schwere Opfer erfordert. Zweifelhaft konnte nur sein, ob die Großkapitalisten sich mit einer einmaligen Vermögensabgabe abzufinden gewillt sein werden. Die „Kölnische Zeitung" spricht sich für ihren Teil jetzt auch für die Lösung der Deckungsfrage auf diesem Wege aus. Sie setzt am Beispiel einer einmaligen Vermögensabgabe im wesentlichen darin, daß der Sozialdemokratie und der Demokratie damit stärker Widerstand geleistet werde. Der Vorwurf gegen die besitzenden Klassen, keine Opferwilligkeit zu haben, wird dann hinfällig sein. — Über die Höhe der Steuer bemerkt das nationalliberale Kölner Blatt: „Nach einer unverbindlichen Schätzung glauben wir, daß man bei den kleineren Vermögen von 50 000 Mk. an aufwärts mit einem halben Prozent beginnen müßte, daß die Millionenvermögen ein Prozent abgeben müßten und daß der Satz bei den Riesenvermögen vielleicht auf zwei Prozent zu steigen hätte." Trotz dieser drohenden „Konfiskation des Vermögens" glaubt die „Kölnische Zeitung" auf Annahme der Regierungsvorschläge rechnen zu können. Sie verlangt nur etwas Bedenkzeit: „Man wird den großen Gedanken, der in dem Regierungsvorschlage steckt, nicht verkleinern wollen, aber man muß dem Volke Zeit lassen, sich in das Eilzugstempo zu schicken, daß unsere Heeresverwaltung so plötzlich eingeschlagen hat. Man muß ihm Gelegenheit geben, die Gründe für den Meinungswechsel kennen zu lernen, der an den leitenden Stellen (in bezug auf die Rüstungen) offenbar eingetreten ist. Von der Berechtigung dieser Gründe müssen auch wir unser endgültiges Urteil abhängig machen."

Alles in allem ergibt sich aus diesen Äußerungen des nationalliberalen und des Zentrumsblattes, daß die „Post" schließlich nicht allzu optimistisch war, als sie mit einer en bloc-Annahme der Militärvorlage durch die bürgerlichen Parteien rechnete. Konservative Äußerungen in dieser Bestimmtheit liegen zwar noch nicht vor, aber die Konservativen werden sich hüten, gegen eine nationalliberal-klerikale Mehrheit Front zu machen.

Probemobilisierungen.

Im Westen sind in den letzten Tagen an verschiedenen Stellen Probemobilmachungen vorgenommen worden, so in Paderborn beim Husarenregiment und in Detmold beim 55. Infanterieregiment. — Vorarbeiten für die neue Militärvorlage.

Eine Nachwahl zum Lippeschen Landtage,

an der der liberale Reichstagsabgeordnete für Lippe, Dr. Neumann-Hofer beteiligt war, hat zwar diesem in der Stichwahl am 1. März den Sieg gebracht, aber das Ergebnis ist für den Niedergang des Liberalismus bezeichnend. Unser Genosse Becker blieb nur 50 Stimmen hinter der liberalen Stimmenzahl zurück, und das in einem Kreise, der bisher als absolut sicher für die Liberalen galt.

Zum Konflikt in der polnischen Reichstagsfraktion.

Die polnische Reichstagsfraktion hat sich in zwei Sitzungen mit der Frage des Solidaritätsbruchs bei der Abstimmung über den Antrag Ablaß, betr. Zollerleichterungen, beschäftigt. Es wurde, wie der „Kuryrer" mitteilt, beschlossen, an dem bisherigen Solidaritätsprinzip nicht zu rütteln; alle Anträge, die auf eine Lockerung oder Aufhebung der Solidarität innerhalb der Fraktion hinzielten, wurden einstimmig abgelehnt. Danach sind also die polnischen Arbeitersekretäre, die „Volksparteiler" und „Nationaldemokraten" verpflichtet, in allen Fragen, auch in rein wirtschaftlichen, mit den polnischen Großagrariern, den Fürsten, Grafen und Schlachtschitzen zusammenzugehen. Das polnische Volk aber sollte sich dieses wohl merken und sich bei den Wahlen nicht wieder von den sogenannten „Volksparteilern" einfangen lassen, die später im Reichstage die Volksinteressen verraten!

Österreich-Ungarn.

Der Generalstreik in Ungarn ist nach einer letzten Meldung zurückgestellt worden, nachdem die Opposition im Reichstag dem Kampf um ein freies Wahlrecht durch Verlassen des Sitzungssaales aus dem Wege gegangen ist.

Der ungarische Reichstag hielt wieder eine Sitzung ab. Gendarmerie und Polizei hatten wieder ein großes Aufgebot gestellt. Die Keller des Reichstages waren vollgepfropft von Polizisten. Die Opposition war nicht erschienen. Die Sitzung beschäftigte sich nur mit dem Lehrergesetz, das Montag noch nicht erledigt wurde. Am Schluß der Sitzung bestimmte der Präsident die Tagesordnung für Dienstag. Als erster Punkt soll das Lehrergesetz und dann, wenn noch Zeit vorhanden ist, als zweiter Punkt das Wahlrechtsgesetz verhandelt werden. Es geschah dies, um die Opposition irre zu führen, die nur dann im Reichstag erscheinen will, wenn die Wahlrechtsdebatte beginnt. Die Opposition hielt am Montag eine Sitzung ab, in der ein wichtiger Beschluß gefaßt wurde, der zwar geheim ist, über den aber Gerüchte zirkulieren, nach welchen die gesamte vereinigte Opposition in radikalster Weise die Debatte hindern wird. Der Führer der vereinigten Opposition, Julius v. Justh, trifft aus Italien, wo er wegen einer Krankheit weilte, Dienstag früh in Budapest ein.

Die Situation in der ungarischen Hauptstadt. Budapest hatte am Montag schon das Gepräge des Belagerungszustandes. Die Polizisten beschreiten in Begleitung von zwei Gendarmen mit aufgepflanzten Gewehren ihre Reviere in den inneren Stadtteilen. Durch die äußeren Stadtteile zieht Militär zu Fuß und zu Pferde. Die Schulen sind sämtlich von Soldaten besetzt, und der Schulunterricht ist aufgehoben. Von allen Ländern sind Berichterstatter eingetroffen. Angeblich soll Ministerpräsident Lukacz selbst versucht haben, dem Reichstagspräsidenten Tisza einige Konzessionen für die Arbeiterschaft abzuringen; jedoch weigert sich Tisza beharrlich, in das Gesetz irgend welche liberale Bestimmungen aufzunehmen.

Die Angst der ungarischen Behörden vor der Revolution. Der vergangene Sonntag war ein Tag der Aufregung, nicht nur für die Hauptstadt, sondern für das ganze Land. Der Oberstadthauptmann hat wieder einen Befehl erlassen, und zwar will er nach echt russischer Art die Hausmeister seiner Botmäßigkeit unterstellen. Der Befehl verfügt, daß die Haustore um 7 Uhr abends gesperrt werden müssen. Sämtliche Straßenfenster sind mit Rouleaus zu versehen, die bei den geringsten Exzessen geschlossen werden sollen. Ferner fordert der Oberstadthauptmann die Hausmeister auf, fremde Personen in den Häusern nicht zu dulden. An die Arbeiter und Unternehmer richtet er die Aufforderung, wenn sie selbst in ihrer friedlichen Arbeit gestört werden sollten, sich sofort an das nächste Polizeirevier zu wenden. Zum Schluß betont er, daß Polizei und Militär bei Widerstand sofort von den Schußwaffen Gebrauch machen. Auch die Regierung tut das ihrige. Von frühmorgens an marschierten ganze Regimenter, mit Schmutz und Staub bedeckt, durch die Straßen den Kasernen und Schulgebäuden zu. Hinter jedem Regiment ging auch die Rote-Kreuz-Sanitäts-Abteilung mit ihren Feldbahren. Jeder Eisenbahnzug bringt Massen von Gendarmen, die mit ihren Koffern und Säcken bepackt durch die Straßen eilen. Es scheint, daß die Regierung ihre Maßregeln deshalb so öffentlich trifft, um die Arbeiterschaft einzuschüchtern. Auf Drängen der Militärbehörde hat der Leiter der städtischen Schulsektion den Soldaten vier große Schulgebäude zur Einquartierung bewilligt. Es geschah dies deshalb, um die Bürger vor den Schikanen der Einquartierung zu schützen. Es wird öffentlich bekannt gemacht, daß jeder Soldat 140 scharfe Patronen bei sich führt. Am Montag gingen die Arbeiter wie gewöhnlich, wenn auch widerwilliger, in die Werkstätten und Fabriken und harren des Zeichens von der Partei, daß der Streik beginnt. Die Parteileitung fordert in der Presse die Arbeiter auf, sich von falschen Gerüchten der bürgerlichen Presse nicht irreführen zu lassen und erst dann die Arbeit niederzulegen, wenn von der Parteipresse die Anweisung kommt. Die Parteiorgane vom Sonntag wurden wieder konfisziert. Die fortdauernden Konfiskationen haben nur den Zweck, die Provinz von der Hauptstadt abzuschneiden. Auf die Arbeiter machen sie keinen Eindruck mehr. Gerüchtweise verlautet, daß die Regierung die Telegraphen- und Telephonämter angewiesen hat, Zirkulare der Parteileitung, die auf telegraphischem oder telephonischem Wege die Arbeiterschaft der Provinzstädte zum Streik aufrufen, nicht zu befördern. Die Parteileitung hat in ihrer Sonntag-Sitzung Mittel und Wege gefunden, die Arbeiter trotz dieser Verordnung zu verständigen. Das Ministerium des Innern hat an sämtliche Bezirksleiter des Landes versiegelte Orders verschickt, die am 3. März zu öffnen sind und nach denen streng gehandelt werden soll. Es sind dies vermutlich die Streikmaßregeln. Die bürgerliche Opposition hat beschlossen, zu den Wahlrechtsverhandlungen im Parlament zu erscheinen.

Balkan.

Vermittlung der Mächte im Balkankonflikt. Die „Nordd. Allg. Ztg." vom Dienstagabend gibt eine scheinbar offiziöse Meldung des Reuterschen Bureaus wieder, nach der „die Mächte nunmehr die Balkanstaaten von dem Ersuchen der Türkei in Kenntnis setzen und bei ihnen anfragen sollen, ob ihre Regierungen ebenfalls gewillt seien, die Herbeiführung einer Einigung der Vermittlung der Mächte zu überlassen. Über die Frage, ob die Balkanstaaten voraussichtlich ihre Sache ohne Vorbehalt den Händen Europas anvertrauen werden oder nicht, ist für den Augenblick keine Information zu erhalten. Der allgemeine Eindruck scheint indessen zu sein, daß die Verbündeten gewillt seien, eine Vermittlung anzunehmen, daß sie aber vorerst die Bedingungen den Großmächten vorlegen wollen, unter denen sie zum Friedensschluß bereit sind. Nachdem sich die Großmächte über den Standpunkt der Balkanstaaten vergewissert haben, werden sie, wie man erwartet, den Entwurf eines Vertrages aufsetzen, der dann von beiden Parteien genehmigt und unterschrieben werden soll."

Nach den Friedensvorschlägen, die der türkische Großwesir durch Vermittlung des russischen Botschafters Bulgarien gemacht hat, soll die neue Grenze von der Bai bei dem an der Mündung des Flusses Reswaja am Schwarzen Meer gelegenen Orte San Stefano ausgehen und sodann dem Flußlaufe der Reswaja und Maritza folgen. Adrianopel würde hierbei unter gewissen Garantien Bulgarien zufallen.

Die Balkanverbündeten haben nach dem Pariser „Excelsior" für die Türkei folgende Friedensbedingungen aufgestellt: 1. Die Abtretung von Skutari, Janina und Adrianopel; 2. die Festsetzung der bulgarisch-türkischen Grenze von Rodosto nach Midia; 3. die Abtretung der Halbinsel Gallipoli; 4. eine Kriegsentschädigung, bei der jedoch von den Verbündeten ein Teil der türkischen Schuld in Rechnung gezogen werden soll; 5. dem Sultan soll zugestanden werden, bei den Verbündeten Vertreter zu unterhalten, die die Türkei in religiösen Sachen zu vertreten haben sollen und über alle türkischen Moscheen und sonstigen kirchlichen Einrichtungen der türkischen Bevölkerung die Oberherrschaft haben; 6. die endgültige Abtretung Kretas an Griechenland. Die Festsetzung der Grenze soll einer gemischten militärischen Abordnung überlassen werden, jedoch auf der Basis Midia-Rodosto.

Die Griechen in Santi Quaranta. Die Agence d'Athenes meldet aus Korfu: Montag vormittag 11 Uhr verließ eine Division der griechischen Schlachtflotte in Schlachtordnung den Hafen in der Richtung nach Norden, gefolgt von mehreren Transportschiffen. Gegen 1 Uhr 30 Minuten beschossen die Kriegsschiffe Santi Quaranta. Die Bevölkerung von Korfu vernahm die Kanonade gleich entferntem Donner. Nach telephonischen Nachrichten leisteten die Türken keinen Widerstand, sondern flohen. 11 Uhr abends kehrten die Transportschiffe nach Korfu zurück. Die griechischen Truppen besetzten Santi Quaranta, nachdem die türkische Artillerie vernichtet worden war.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, 5. März.

Der Überfluß der Reichen soll, wenn es wirklich dazu kommt, auch einmal mit einer gebührenden Steuer belegt werden, um auf solche Weise einen Teil der Kosten des neuen Rüstungswahnsinns zu decken. Damit ist eine Forderung, die von den Sozialdemokraten schon seit langem erhoben worden ist, zwar bei weitem noch nicht erfüllt, aber doch wenigstens im gewissen Sinne entsprochen, nämlich die Forderung, daß diejenigen, welche die volksbedrückenden Rüstungen wollen, vernunftgemäß mindestens die Kosten dafür tragen sollten. Die „Lübeckischen Anzeigen", das Organ derjenigen, die mit dem Auszug aller Rentner aus Lübeck drohen, wenn diese ihren Besitzverhältnissen und den zu ihrer Unterhaltung gemachten Aufwendungen entsprechend zur Steuer herangezogen werden sollten, stellt sich ganz begeistert über diese einmalige Reichsvermögenssteuer. Bezeichnenderweise warnt das Blättchen davor, die Steuer zu hoch anzusetzen. Das könnte sofort wieder dem Patriotismus schaden. Dann schreibt es ganz entzückt:

Daß im übrigen, wie es heißt, auch die souveränen Fürsten für diesen Ausnahmefall sich ihres Privilegs der Steuerfreiheit begeben wollen,

soll als ein hochherziger Entschluß anerkannt werden und wird die weitesten Kreisen mit dem ihnen angesonnenen, aber durch eine unausweichliche Notwendigkeit auferlegten Opfer versöhnen.

Ob unsere grundsätzlichen Neinsager, die Herren „Genossen", im Parlament auch wohl an diesem Verfahren etwas auszusetzen haben, das ihre geliebten niederen Klassen von allen finanziellen Ansprüchen des Reiches an den einzelnen frei läßt?! Ob sie den Mut behalten werden, auch dieser Militärvorlage zu widersprechen, die die „Blutlast" durch Einstellung der Überzähligen gerechter verteilt, das „Gut" aber bloß der Besitzenden bluten läßt?

Die „Lübeckischen Anzeigen" können sich fest darauf verlassen, daß die „Herren Genossen" den Mut haben werden, diesem durch nichts begründeten unsinnigen Wettrüsten auch dann zu widersprechen, wenn die einmaligen Ausgaben ausnahmsweise auf die tragfähigen Schultern gelegt werden. Der „hochherzige Entschluß" schwerreicher Potentaten, einmal das zu tun, was der schwer arbeitende Proletarier, der sein armseliges Dasein um kargen Lohn fristet, bisher stets getan hat, nämlich einmal Steuern zu zahlen, kann nur Byzantiner in Ekstase bringen; jeder andere hätte schon längst die Forderung der Sozialdemokraten auf Beseitigung der sinnlosen fürstlichen Steuerfreiheit unterstützen müssen. Schließlich wird bei dieser Militärvorlage auch das dicke Ende, nämlich die weitere Belastung der breiten Volksmassen mit den laufenden Ausgaben, noch nachkommen. Alle Anzeichen mehren sich außerdem, daß es die reichen Maulpatrioten noch versuchen werden, die ihnen drohende Vermögenssteuer zu Fall zu bringen.

Ein „Berufsratgeber für Frauen und Mädchen" wurde dieser Tage verschiedenen hiesigen Volksschülerinnen, die zu Ostern die Schule verlassen, in der Schule übergeben. Dagegen wäre natürlich absolut nichts einzuwenden, wenn dieser Berufsratgeber wirklich nur objektiv den Zweck verfolgen würde, den sein Titel andeutet. Bei genauerer Durchsicht zeigt sich jedoch, daß das nicht der Fall ist. Soweit es sich um den von der Hamburger Patriotischen Gesellschaft herausgegebenen Teil des „Berufsratgebers" handelt, wollen wir uns jeder Bemerkung enthalten. Der Ratgeber hat jedoch zwei Beilagen, die wohl einiger kurzer Betrachtungen wert sind. Zunächst eine schön auf Karton gedruckte Reklame für die „öffentliche Stellenvermittlung für Hausangestellte". Der nicht mit den hiesigen Verhältnissen Vertraute könnte meinen, diese „öffentliche Stellenvermittlung" sei eine gemeinnützige Einrichtung, hervorgegangen aus dem Streben, der minderbemittelten Bevölkerung zu nützen. In Wirklichkeit ist diese „öffentliche Stellenvermittlung" nichts weiter als ein Versuch, der vom Verbande der Hausangestellten früher geschaffenen Stellenvermittlung das Wasser abzugraben. Danach wird man die „Gemeinnützigkeit" des Unternehmens bewerten können. Weiter ist dem „Berufsratgeber" von der Lübecker Gewerbekammer ein Anhang gegeben worden, in dem die jungen Mädchen aufgefordert werden, sich allerlei namentlich aufgeführten Verbänden anzuschließen, die der modernen Arbeiterbewegung entgegenzuwirken bestrebt sind. Auch der Eintritt in die Lübecker Turnerschaft, deren Hurra-Patriotismus über jeden Zweifel erhaben ist, wird empfohlen. Es muß schon ein ganz Einfältiger sein, der unter solchen Umständen nicht die Absicht merkt, welche dieser famose „Ratgeber" verfolgt, in dem natürlich ein gebührender Hinweis auf die zur Bekämpfung der Sozialdemokratie gegründete sogenannte öffentliche Rechtsauskunftsstelle nicht fehlt. Unter dem Schein der Unparteilichkeit und Gemeinnützigkeit werden auf solche Weise in der Schule die Geschäfte der bürgerlichen Parteien besorgt, die um jeden Preis die Jugend der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften abwendig machen möchte. Solche Ratschläge verbitten sich jedoch die Eltern ganz entschieden.

Dann scheint der Ratgeber auch noch dazu dienen zu sollen, junge Mädchen für die Beschäftigung in gewissen Industriezweigen zu begeistern. Wir lesen darin beispielsweise folgendes: „Emaillefabrikation. In Lübeck erhalten die jungen Mädchen vom Tage der Einstellung an einen Lohn, der zwar anfangs ziemlich niedrig ist, mit der Zunahme der Geschicklichkeit aber ständig steigt. Da dieser Verdienst vom Eintritt in den Betrieb an immerhin noch so bemessen ist, daß er zur Lebenshaltung ausreicht, so dürfte sich die Beschäftigung als Arbeiterin in Emaillewerken besonders für solche junge Mädchen eignen, welche nicht beabsichtigen, in häusliche Dienste zu treten. Es wird entweder ein Tagelohn gezahlt oder ein sonstiger fester Grundlohn, zu dem jedoch bei abgelieferten guten Arbeiten noch eine Prämie tritt. Da es sich um größere, gemeinsam arbeitende Gruppen handelt, wird diese Prämie im Verhältnis zur Höhe des Grundlohnes unter die beteiligten Gruppenmitglieder verteilt. Der wöchentliche Verdienst einer weiblichen Arbeitskraft im Emaillewerk stellt sich je nach Leistung und Geschicklichkeit auf 11 bis 14 Mark bei 57stündiger Arbeitszeit." — Das muß doch die jungen Mädchen anlocken! 11 Mark wöchentlich bei 57stündiger Arbeitszeit, also 19 Pfg. Stundenlohn, reichen zur Lebenshaltung aus, wird so schlankweg behauptet. Ob der Mann, der so etwas behauptet, wohl schon einmal sich die Frage beantwortet hat, wie weit er wohl mit einer solchen Riesensumme in diesen teuren Zeiten kommen würde? Aber der famose Ratgeber ist ja für die Kinder des Volkes bestimmt, das denjenigen ihre Gewinne erarbeiten solle, in deren Auftrag solche Ratgeber geschrieben werden. Deshalb wollten wir die neueste Aktion dieser bürgerlichen „Volksfreunde" einmal öffentlich kritisieren.

Die aussperrungslustigen Malermeister. Die Lübecker Ortsgruppe des Arbeitgeberverbandes für das Malergewerbe macht folgendes bekannt:

An unsere Kundschaft!

Die Tarifverhandlungen im Malergewerbe haben sich zerschlagen. Aus diesem Grunde sind wir leider genötigt, wie in allen übrigen Städten Deutschlands, unsere Gehilfen auszusperren.

Wir bitten unsere Kundschaft um weitgehendste Unterstützung im bevorstehenden Kampfe.

Die Herren Aussperrer haben merkwürdigerweise vergessen, dem Publikum mitzuteilen, daß nur die Unternehmer die Schuld tragen, wenn der Friede im Malergewerbe gestört wird. Jedenfalls sehen schon die Gehilfen mit froher Zuversicht dem Ausgang des ihnen aufgezwungenen Kampfes entgegen.

b. **Schöffengericht** vom 4. März. Ein junges Dienstmädchen D. konnte verschiedene Wäschestücke und einen Siegelring im Hause ihrer Herrschaft nicht liegen sehen. Erst packte sie den Kram zusammen, nachher bekam sie es mit der Angst zu tun. Die Wäsche wurde verbrannt und der Ring in den Mülleimer geworfen; so glaubte sie die Sache erledigt. Das letzte Wort sprach das Gericht und dieses lautet auf zwei Wochen Gefängnis. — Freude an Spazierstöcken hatte der Arbeiter R. Gelegentlich der Arbeitsuche nahm er aus einer Kiste im Hausflur acht Kinderstöckchen, mit denen angeblich die Kleinen auf der Straße beglückt wurden, ein andermal gab er sich mit zwei Herrenspazierstöcken zufrieden. Die wurden zu Geld gemacht und dieses wiederum in Kümmel verwandelt, um sich Mut für das Nachhausegehen zu trinken, der ihm ausgegangen war, weil die Kinder kein Brot hatten. Urteil: 2 Wochen Gefängnis. — Auf eigenartige Weise wurde ein Diebstahl einer hiesigen Verkäuferin entdeckt. Sie wollte ihrer Freundin in Itzehoe, die sie stellungslos glaubte, eine Freude machen. Aus dem Vorrat des Geschäfts, in dem sie gegen das riesige Monatsgehalt von 20 (zwanzig) Mark angestellt war, machte sie ein nettes Paketchen zusammen: Schokolade, Kakao, Tee, Keeks usw. Das Geschenk kam zwar am Bestimmungsort an, doch zum Mißgeschick wurde bei der Freundin gerade Haussuchung gehalten, denn auch sie hatte sich vergriffen. Die jugendliche Angeklagte hatte zwar die 13,36 Mk. nachträglich bezahlt, aber zwei Wochen muß sie trotzdem aus ihrem Leben streichen. — Ein betrunkener Arbeiter Sch. aus Andernach verliebte sich in ein Damenkostüm, das vor einem Trödlerladen hing. Ehe er dieses recht unterm Arm genommen hatte, wurde er beim Kragen gepackt. Urteil: 1 Monat Gefängnis. — Von einer entfernten Verwandten wurde der 15jährige Arbeitsbursche B. angezeigt, weil er dem Neffen eine Uhr, ein altes Erbstück, weggenommen und für 3 Mk. in der Herberge verklopft hatte. Dafür bekommt er drei Tage Gefängnis, der alte Stuhlflechter H., der den Stundenzeiger zu einem Geschenk erhandelt hatte, wurde freigesprochen, während der Staatsanwalt wegen Hehlerei einen Monat Gefängnis beantragt hatte. — Freigesprochen wurde auch der Maurer Schw. von der Anklage des Betruges und eine Näherin Sch., die drei Kleider gestohlen haben sollte. Beantragt waren bei dieser 6 Wochen Gefängnis. — Für fahrlässige Körperverletzung muß der Kutscher M. 30 Mark schwitzen. — Der Zechpreller P., gegen den in der vorigen Verhandlung 30 Mark Geldstrafe beantragt waren und der sich erst durch Verhaftbefehl zur Weiterverhandlung wieder einstellte wurde zu 3 Wochen Gefängnis verurteilt. Es stellten sich noch weitere Zeugen gegen den finnländischen Kaufmann ein, die ebenfalls „Leidtragende" waren. Beantragt waren 6 Wochen.

b. **Das Schwurgericht** sprach am Dienstag den Arbeiter Oldenburg von der Anklage des Sittenverbrechens frei. Er sollte sich im Oktober, wo er beim Umzug als Transportarbeiter in der Heilanstalt Strecknitz zu tun hatte, an einer geistig schwachsinnigen 33jährigen Anstaltsinsassin vergangen haben. Der Freigesprochene hat vier Monate in der Untersuchungshaft zugebracht.

Straßenraub und Diebstahl führten wiederum zwei Lausbuben vor die Geschworenen. Es handelt sich um den 19jährigen Arbeiter Jarchau und den 17jährigen Arbeiter Karsten aus Lübeck, die ihr Bummelleben auf Abwege und zu einer Tat führte, deren schwerwiegende Folgen die Burschen kaum ahnten. Im November traf Karsten einen Friedhofsarbeiter Meyer auf dem Tanzboden. Dieser, ein gutmütiger, beschränkter Mensch, gab dem jungen Bengel ein Glas Bier und eine Zigarre. Die mangelnde Intelligenz Meyers entging dem Karsten nicht; er erkundigte sich genau nach dem Tage, an dem der Freigebige seinen Lohn bekommt und sah einem Wiedersehen entgegen. Da Burschen dieser Art der Arbeit, wenn irgend möglich, aus dem Wege gehen und lieber auf Lumpereien sinnen, bei denen sie sich besser durchzuschlagen hoffen, strolchte Karsten die Woche über herum. Dabei begegnete er einen Gesinnungsverwandten, der, kaum recht flügge geworden, sich im Elternhause überwarf und mit seinen 19 Jahren sich auf eigene Füße stellte, d. h. den Vorwürfen mangelnder Arbeitslust aus dem Wege ging. So konnte dieser Bursche, Jarchau ist sein Name, ungestört sein Faulenzerleben führen. Diese verwandten Seelen fanden sich unter der Woche. Karsten erzählte Jarchau von Meyer, den er so nebenbei verdächtigte, ein 175er zu sein, aus dem Geld zu lotsen sei. Die Burschen kamen überein, am Sonnabend dem Meyer aufzupassen und ihn seiner Barschaft zu berauben. Während Jarchau in der Fackenburger Allee wartete, ging Karsten dem Friedhofsarbeiter in der Sadowastraße entgegen. Er ersuchte um 50 Pfg., die Meyer auch geben wollte. Beim vergeblichen Herumkramen nach der verlangten Münze redete Karsten dem gutwilligen Meyer zu, doch von der Straße abzugehen und auf den freien Platz neben der alten Kaserne zu kommen, ja, er faßte ihn unterm Arm und geleitete ihn längs des Stacketts. Jarchau, der sich dicht hinter den beiden hielt, war unterdessen ebenfalls herangekommen. Meyer hielt den Geldbeutel fest in der Hand, er ahnte in seiner Unschuld kaum, daß die Strolche zu einer Tat fähig seien, die sich im nächsten Augenblick abspielte: Meyer wurde niedergedrückt, der eine packte ihn an der Kehle und hielt ihm den Mund zu, während der andere ihm den Geldbeutel mit Gewalt entriß. Mit diesem Raube rannten die Rowdys übers Feld und riefen dem Bestohlenen noch höhnisch zu: So, nun kannst Du uns verklagen! Die Herrchen dachten wohl, mit einigen Wochen sei der Streich abgemacht, richtig steht bei Verneinung mildernder Umstände fünf Jahre Zuchthaus darauf. Meyer hatte den Vierzehntagslohn von etwa 32 Mark in der Tasche. Ehrliche Gauner waren es nicht, denn Karsten erhielt nur 11,25 Mark. Auch im Zuschieben der Hauptschuld sind die Herrchen verschiedener Meinung, einig jedoch im Abstreiten, Gewalt angewandt zu haben. Jarchau hat sich außerdem noch im Fahrradstehlen versucht, um seine Logisschulden zu bezahlen. Am 29. Dezember nahm er in der Warendorpstraße ein Rad weg, verklopfte es für 25 Mark, und zwei Tage darauf sackte er 23 Mark für ein Rad ein, das er beim Spar- und Vorschußverein stibitzte. Dieses zweite Vehikel will der Unschuldsengel nur gestohlen haben, weil die 25 Meter vom ersten Verkauf spurlos verschwanden. Die Geschworenen billigten beiden Angeklagten in Anbetracht ihrer Jugend mildernde Umstände zu, bejahten aber die Frage, ob der Ueberfall auf einem öffentlichen Platze stattgefunden habe. Der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Meyer bestritt, daß der Platz bei der Kaserne dem öffentlichen Verkehr unbeschränkt diene und führte ein Reichsgerichtsurteil als Beweis ins Feld. Erster Staatsanwalt Dr. Venda dagegen behauptete, ein öffentlicher Platz komme dann in Frage, wenn er zur Zeit der Tat dem Publikum zum freien Verkehr offen lag. Der Staatsanwalt bezeichnete die Angeklagten als ganz gefährliche Gesellschaft, die auf dem besten Wege sei, Verbrecher schwerster Sorte zu werden, wie Landheer und Scholze. Er beantragte gegen Jarchau 3 Jahre und 8 Wochen, gegen Karsten 1 Jahr und 6 Monate Gefängnis. Das Urteil lautet bei Jarchau auf 2½ Jahre Gefängnis, und bei Karsten auf 1¾ Jahre Gefängnis. Nur durch ganz exemplarische Strafen könnten Burschen von der Art der Angeklagten zur Besinnung und wieder auf den rechten Weg gebracht werden.

mh. **Bau und Tätigkeit des menschlichen Körpers.** Volksbildungskurse im Johanneum. Nach Beantwortung einer Reihe aus dem Kreise der Zuhörer gestellter Fragen wandte sich Herr Dr. Döring der Atmung und dem Blutkreislauf zu. Alle lebenden Wesen müssen die im Innern verbrauchten Stoffe durch neue ersetzen. Dieses wird durch Einatmung der Luft bewirkt, indem ein andauernder Austausch zwischen Sauerstoff und Kohlensäure durch die Tätigkeit der Lunge stattfindet. Bevor die Luft in die Lunge gelangt, nimmt sie ihren Weg durch die mit einer Schleimhaut bedeckten Nasenhöhlen und die Luftröhre. In den Nasenhöhlen wird die Luft durch die Rachenhöhle erwärmt, angefeuchtet und gereinigt. Trotzdem kommt eine Menge von Fremdkörpern durch das Atmen in die Lunge. Besonders sind es die Tuberkelbazillen, die jedoch einem gesunden Menschen nichts schaden, da sein Körper genug Gegenmittel besitzt. Anders ist es bei geschwächten Menschen. Dort zerstören die erwähnten Bazillen die Lungenbläschen, die Lunge schrumpft zusammen, der Brustkorb verringert sich und der Mensch geht allmählich zugrunde. Der Vortragende schilderte nun den Tod durch Ersticken, der in Wirklichkeit eine Vergiftung durch übermäßige Ansammlung von Kohlensäure darstellt. Dies tritt ein, wenn der Lunge kein Sauerstoff mehr zugeführt wird, z. B. ist dieses bei einem Ertrinkenden der Fall. Der Betreffende wird nur durch Wiederherstellung der Atmung ins Leben zurückgerufen. Zu diesem Zwecke muß man den Bewußtlosen in eine wagerechte Lage bringen, ihn dann seiner Oberkleidung entblößen und seine Brust durch Unterlagen unter das Kreuz erhöhen. Hierauf versucht man durch Herausziehen der Zunge und Bewegung der Arme über den Kopf im Halbkreise eine künstliche Atmung zu erzeugen. Oft kann es stundenlang dauern, bis die Atmung wieder langsam einsetzt. Die weiteren Ausführungen des Redners erstreckten sich auf die Beschaffenheit der Blutkörperchen und das Wesen des Blutkreislaufes. Eine Anzahl Tabellen, Modelle und Präparate unterstützten und erklärten den Vortrag aufs deutlichste.

Ein Gautag des Gaues 8 des Verbandes der Gastwirtsgehilfen, zu dem Bremen, Hamburg, Lübeck, Hannover, Kiel usw. gehören, findet am 8. und 9. April im Gewerkschaftshaus statt.

pb. **Fahnendiebhaber.** In der Nacht vom 2. zum 3. d. Mts. sind von dem im hiesigen Hafen liegenden Dampfer „Helgoland" 1 deutsche, 1 dänische und 1 Kontorflagge gestohlen worden. Die Kontorflagge besteht aus weißem Fahnentuch mit einem roten Kreuz. In je einem durch das Kreuz gebildetem Felde befinden sich die Buchstaben L. K. D. u. G.

pb. **Ausreißer.** Gestern nachmittag wurden durch einen Schutzmann auf dem hiesigen Bahnhofe 3 Knaben im Alter von 12 und 13 Jahren angehalten, die mit dem um 6.14 Uhr hier ankommenden D-Zuge eingetroffen waren. Es stellte sich heraus, daß sie ihren in Bleren wohnhaften Eltern entlaufen waren.

pb. **Wieder angekommen.** Das vermißte Dienstmädchen Thorbahn hat sich wieder angefunden. Es hat sich bei auswärts wohnenden Verwandten aufgehalten.

pb. **Theaterdiebe.** Am 27. v. M. ist im hiesigen neuen Stadttheater ein mit rosa Seide gefütterter weißer Theaterbeutel, der ein Opernglas, 1 Pincenez und 1 Perlenportemonnaie mit 3,50 Mk., sowie 1 Taschentuch und 1 Schlüssel enthielt, abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden.

pb. **Gestohlen.** Vom Flur eines Hauses der Gloxinstraße sind am 4. d. Mts. ein Paar fast neue Schnallenschuhe abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden.

pb. **Verschleppt.** In der Nacht vom 15. zum 16. vor. Monats ist von der Einfriedigung eines an der Warendorpstraße belegenen Hauses eine eiserne Pforte mit Drahtgeflecht abhanden gekommen und vermutlich durch Unfug treibende Personen verschleppt worden.

e. **Stockelsdorf.** „Die Frauen fordern ihre Gleichberechtigung" war die Tagesordnung der am Montag abend abgehaltenen öffentlichen Frauenversammlung in Fackenburg, in der Genossin Steinbach-Hamburg sehr wirkungsvoll referierte. Besucht war die Versammlung von über 150 Personen, wovon gegen 100 Frauen. Nach Schluß des Referats wurden noch mehrere Frauen in die Partei aufgenommen.

Hamburg. Explosion in einem Elektrizitätswerk. Aus bisher unaufgeklärter Ursache explodierte Montag abend in dem Hamburger Elektrizitätswerk in der Flotowstraße ein Dampfrohr. Durch die ausströmenden heißen Dämpfe wurden zwei Arbeiter so schwer verbrüht, daß sie in hoffnungslosem Zustande in das Spital gebracht werden mußten. Der Betrieb wurde durch die Explosion gestört, kann aber von einer Schwesterstation und durch die Akkumulatorenbetriebe des Unternehmens zur Not aufrechterhalten werden.

Hamburg. Aussperrung im Malergewerbe. Der Arbeitgeberverband im Malergewerbe für Hamburg und Umgegend, vertreten durch den bekannten Obermeister Hansen, hat die Aussperrung der Gehilfen auf den Abend des 4. März angesetzt, Zweck und Ziel des Kampfes der Hamburg-Altonaer Malermeister gegen ihre Gehilfen wird in einem Zirkular dahin angegeben, dem Gehilfenverband die Kasse leer zu machen.

Altona. Bei den Gemeindevertreterwahlen in Groß-Flottbeck wurde der Genosse Steinfatt mit 224 gegen 201 gegnerische Stimmen gewählt. Nunmehr sitzen zwei Sozialdemokraten in dem Gemeinderat von Groß-Flottbeck.

Brake. Folgenschwerer Scherz. Als der Barbier M. zu Klippkanne scherzweise einen Revolver auf das Kind seines Bruders, das bei ihm zu Besuch war, anlegte, ging ein Schuß los und traf das Kind in den Kopf. Es starb nach kurzer Zeit. M. wurde verhaftet.

Bremerhaven. Mord. Der 57 Jahre alte Hafenarbeiter Lauing wurde mit eingeschlagenem Schädel tot in seiner Wohnung in der Marktstraße aufgefunden. Es ist noch nicht festgestellt, ob Mord oder Unglücksfall vorliegt.

h. **Oldenburg.** Der Kaplan als Zeitungsredakteur. Der Oldenburger Landtag mußte sich mit einer Petition befassen, der folgender Tatbestand zugrunde lag. Die „Oldenburgische Volkszeitung" in Vechta, deren Redakteur ein Kaplan ist, brachte vor längerer Zeit folgende Lokalnotiz, die wir unter Fortlassung des Wohnortes des beleidigten Mannes folgen lassen: „Eine wohl seltene Trauung fand hier dieser Tage statt. Es hat sich hier nämlich ein Brautpaar zum zweiten Male verheiratet. Vor 15 Jahren hat die erste Hochzeit stattgefunden. Wegen „langer Finger" mußte der Mann von hier verschwinden, um den Gerichten zu entgehen. Die Frau ließ sich daher gerichtlich von ihm scheiden. „Er" ist jetzt nach hier zurückgekehrt, ist wieder „Liebkind" und haben die beiden sich zum zweiten Male die Hand zum Ehebunde gereicht. Inzwischen ist aber von den Gerichten die Sache von früher wieder ins Rollen gebracht, und so sollte der „glückliche Ehemann" sofort eingelocht werden. Gegen Stellung einer Kaution ist hiervon jedoch abgesehen. Er kann nun also, wenigstens vorläufig, bei seiner „besseren Hälfte" bleiben." Wegen dieser Notiz wurde schließlich der Kaplan-Redakteur vom Schöffengericht zu einer Geldstrafe von 30 Mk. verurteilt. Die Angelegenheit des vorgeworfenen Vergehens, das viele Jahre zurückliegt, hat mehrfach die Gerichte beschäftigt, eine Verurteilung des betreffenden Mannes hat jedoch nicht stattgefunden. Jetzt petitionierte der Mann an den Landtag, um ein Wiederaufnahmeverfahren gegen sich selbst einzuleiten. Der Landtag vermochte jedoch der Petition nicht stattzugeben, da ihm ein Eingriff in die Rechtspflege nach dem Staatsgrundgesetz nicht zusteht. Die Notiz ist deshalb so bezeichnend für den Kaplan, als der Mann, der hier so in den Kot gezogen wird, evangelisch ist, das angebliche Vergehen am Ort des Erscheinens der Zeitung passierte, die Trauung selbst aber weit vom Orte des Erscheinens der Zeitung stattfand.

Helgoland. Ein schreckliches Marineunglück ereignete sich heute nacht zwei bis drei Seemeilen von Helgoland. Der Kreuzer „York" rannte das Torpedoboot S 178 an, das sofort sank. 15 Mann wurden gerettet, während leider **50 bis 60 Mann ertranken.**

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Jurgens & Prinzen G. m. b. H., Goch (Rhld.)
Fabrikanten der altbewährten Marke SOLO in Carton. 1199

Trinkt

8) **Buntekuh-Kümmel**

Dampfkorn-Brennerei Buntekuh.

Weh dem, der lügt.

Zu der Vorstellung des Arbeiter-Bildungsvereins sind **Bücher à 20 Pfg.** bei uns zu haben.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Hintze & Stech

Größte Möbelfabrik Lübecks
empfehlen 882

Wohnungseinrichtungen.

Direkter Verkauf an Private zu billigen Preisen gegen bar in der Fabrik:
Moislinger Allee 60.

Verkauf (1682

lebender Butt

(Stieg 80 Pfg.)
am Donnerstag, dem 6. März 1913
vormittags von 8 Uhr ab
an der
Holstenbrücke, Eutiner Brücke, Mühlentorbrücke und Hüxtertorbrücke.

Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität
Ortsgruppe Lübeck.

Versammlung

am Donnerstag, dem 6. März
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstr. 50—52.
Tagesordnung:
Bericht von unserer Verkaufsstelle.
1649) **Der Vorstand.**

Achtung!
Hausdiener und Fensterputzer!

Sektions-Versammlung

am Donnerstag, dem 6. März
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.
Tagesordnung:
1. Wie ist die Sommertour durchzuführen?
2. Verschiedenes.

1651) **Der Vorstand.**

NB. Da wichtige Punkte zu erledigen sind, so ist es aller Kollegen Pflicht in der Versammlung zu erscheinen. D. O.

Waldschule Lübeck-Wesloe.

Die für die Waldschule anzumeldenden Kinder sind bis zum 20. März durch ihren Herrn Hausarzt, Herrn **Dr. med. J. Meyer, Königstr. 100,** 1. Etg., an den Sprechtagen zwischen 4 und 5 Uhr vorzustellen. Das letzte Schulzeugnis ist mitzubringen.

Der Vorsitzende der Waldschulkommission.
1624) Dr. Wildgrube.

Neue Subskriptions-Eröffnung

Unsere Abonnenten erhalten ein weltberühmtes Buch **für nur 25 Pfennig**

Carl Hagenbeck

Von Tieren und Menschen

Pro Woche in Lieferungen erscheinend und zwar die hochinteressanten Erlebnisse und Erfahrungen:

Wir bieten hierdurch unsern Lesern den Vorteil, dieses wertvolle Werk mit 134 zum Teil farbigen Bildern, das den Stolz jeder Bibliothek, einen Hausschatz für die ganze Familie bildet, das für Alt und Jung interessant und lehrreich ist, ohne Verteuerung in

Raten v. wöchentlich 25 Pf. zu beziehen.

Hier liegt ein Buch vor, wie kein zweites bisher geschrieben wurde, noch jemals geschrieben werden kann, ein Buch, das jeder sich anschaffen sollte.

„Ein Volksbuch im besten Sinne" ist Carl Hagenbecks Werk mit Recht genannt worden. Es hat den ungeheuren Erfolg, den es erzielte, auch verdient. Ein Mensch erzählt darin seine Erlebnisse u. Erfahrungen, der auf der ganzen Erde heimisch ist, dessen Interesse sich auf alle Arten von Tieren und Menschen richtet, der Weltreisender, Tierzüchter und Kaufmann in einer Person ist. Und er versteht es, seine Erlebnisse so interessant u. spannend zu schildern, wie der beste Roman es kaum vermag.

Carl Hagenbeck der bloße Name läßt vor den Augen die seltsam anziehendsten Bilder erstehen von fernen Erdteilen, deren Jagdgründe die Jäger und Agenten des größten Tierlieferanten der Welt durchstreifen, dem fast sämtliche zoologischen Gärten ihre Bestände verdanken. Allgemein bekannt sind die erstaunlichen Erfolge Hagenbeckscher Tierdressur, die Löwen, Tiger, Bären und andere wilden Tiere in friedlichstem Beisammenhausen läßt. Carl Hagenbecks Aufzeichnungen sind

die interessanteste Veröffentlichung, die in den letzten Jahren erschienen ist.

Carl Hagenbecks Erlebnisse und Erfahrungen sind aber mehr als eine Reihe enorm fesselnder und unübertrefflich anschaulich geschilderter Erzählungen. Das Buch gibt vor allem den Lebensgang eines Mannes wieder, der aus kleinen Anfängen ein Welthaus begründet hat, und enthält eine Fülle beherzigenswerter Lebenserfahrung.

Auch für die reife Jugend bedeutet Hagenbecks Werk ein Buch, wie es sich besser nicht denken läßt.

Von der ersten bis zur letzten Seite fällt uns der Inhalt der oft mit zu Herzen gehendem Humor vorgetragenen Schilderungen gefangen. Dabei ist **Carl Hagenbecks Werk** keine bloße Unterhaltungslektüre, es ist ein **Bildungselement ersten Ranges.** Ein neuer „Brehm" liegt hier vor uns, seiner lebendigen Form entleihet und nur die Offenbarungen eines weltumfassenden Gedankengutes bereichern.

80000 Exemplare bereits verkauft

Das Werk ist auch in einem Bande zum Preise von M. 6.— zu beziehen von der Buchhandlung

Friedr. Meyer & Co., Lübeck.

Gefl. ausfüllen **Bestellschein** und einsenden

Wn die Buchhandlung Fr. eyer & Co

Unterzeichnet... bestellt hierdurch

Carl Hagenbeck, Von Tieren und Menschen

Vollständig in 21 Lieferungen A 25 Pf. m 6,25 M. nebst einer Einbanddecke für 75 Pf.

Wöchentlich ist eine Lieferung anzustellen.

Dasselbe. Komplett in 1 Band für M. 6.—

(Nichtgewünschtes ist zu durchstreichen.)

Name und Stand: _____

Genaue Adresse: _____

Zentral-Hallen

Dankwartsgrube 20.

Jeden Donnerstag:

Tanzkränzchen.

Anfang 8 Uhr.
2) Ende 12 Uhr.

Albert

Bassermann

kommt!
in „Der Andere"
von Dr. **Paul Lindau.**
Allein-Aufführungsrecht! (1642
Neues Lichtspiel-Theater.

Einladung zum Ball

der Arbeiter u. Arbeiterinnen der Firma P. Lohrmann
am Donnerstag, dem 6. März
im Konzerthaus Flora.

Kassenöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Eintritt für Herren 60 Pfg., eine Dame frei. Einzelne Dame 20 Pf.
Der Überschuß fällt der Betriebs-Unterstützungskasse zu.

Hierzu ladet ergebenst ein
1142) **Das Ballkomitee.**

Hansa-Theater.

Täglich:
Das urkomische März-Programm.
8½ Uhr Anfang 8½ Uhr
Vorzugskarten gültig. (1616

Ab 11 Uhr: **Kabarett.**
Konferenzier: Herr Hammer
plattdeutsches Unikum.

Charles Dickens' ausgewählte Werke

in 2 Bände gebunden, enthaltend die Erzählungen: **Oliver Twist, Nikolaus Nickleby, Klein Dorrit** und verschiedene andere sind wieder vorrätig. Preis 3 Mk.

Buchhandlung von Fr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Schönes trockenes
Buchen-Abfallholz
ab Fabrik 80 Pfg. und frei Haus 1 Mk. pro Sack. (4
F. B. Schacht & Co.,
Tel. 239. Moislinger Allee 41.

Glasscheiben

aller Art billigst, auch im einzelnen.
Kitt, Draht, Glaserdiam. v. 4 M an.
Oscar Tauchnitz, Fensterglas-Handl.
Hüxtertor-Allee 13. — F. 808. (405

Leere Farbetonnen

vorrätig.
Expedition d. „Lüb. Volksboten".

Neues Stadttheater.

Donnerstag, den 6. März 1913.
Anfang 7½ Uhr. Ende 10 Uhr.
143. V. i. Voll-A. 24. V. i. Donnerst.-A.

Fra Diavolo.

Komische Oper von Auber.
Opern-Preise. (1639

Freitag, den 7. März 1913.
Anfang 7½ Uhr. Ende 10 Uhr.
144. V. i. Voll-Ab. 24. V. i. Freitags-Ab.

Frau Juttas Untreue.

Schauspiel von Otto Anthes.
Schauspielpreise.

Sonntag, den 9. März 1913.
Festaufführung: „Kolberg"
hist. Schauspiel von Paul Heyse.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 54. Mittwoch, den 5. März 1913. 20. Jahrg.

Moderne Goldgräber.

Wer kennt nicht Gerstäckers abenteuerliche Goldgräbergeschichten, die die Kinderwelt in glühende Begeisterung zu setzen vermögen? Wenn der Dichter darin einen Glückspilz schilderte, der durch große Goldfunde zum reichen Manne wurde, dann hatte dieser auch die Sympathie der jugendlichen Leser. Denn für seinen Gewinn hatte der Abenteurer doch Kopf und Kragen gewagt.

Das Goldfieber der Gerstäckerschen Romangestalten hat sich seitdem auf Leute anderen Schlages übertragen. Unsere modernen Goldsucher gehen nicht mehr nach Kalifornien oder nach Klondyke, um reich zu werden. Gar nicht romantisch veranlagt, auch nicht verpicht auf persönliche Abenteuer, liegt ihnen nichts anderes im Sinn, als schnell reich zu werden. Und das können sie viel besser im lieben alten Deutschland als drüben jenseits des großen Wassers beim Goldgraben.

Das beste Mittel dazu dient der Braunkohlenbergbau. Wer das „Zeug dazu" hat, sich eine Handvoll Aktien irgend einer größeren Braunkohlengrube zu kaufen oder gar in deren Aufsichtsrat hineinzukommen, der ist in ein paar Jahren ein gemachter Mann. Wie schnell das geht, zeigen dieser Tage wieder die Jahresberichte der Braunkohlenwerke „Ilse" und „Caroline". An der Spitze steht „Ilse", deren Gewinne eine riesenhafte Höhe erreicht haben. Allerdings ist die Leitung dieser Bergbaugesellschaft klug genug, die Überschüsse so geschickt zu verteilen, daß ihre Steigerung nicht zu sehr ins Auge fällt. Sie erreicht das durch allerhand Rücklagen- und Reservefonds, sowie durch ganz enorme Abschreibungen, die weit über die gebräuchliche Norm hinausgehen. Eine Betrachtung nachstehender Zahlen läßt dies erkennen. Die „Ilse" hatte:

	1911	1912
Rohgewinn	7 703 206 Mk.	9 121 861 Mk.
Ordentliche Abschreibungen	2 569 964 „	2 844 125 „
Außerordentl. Abschreibungen	— „	250 000 „
Wertverminder. d. Grubenfeld.	229 689 „	261 107 „
Reservefonds	310 000 „	310 000 „
Jubiläumsfonds	— „	500 000 „
Gewinnvortrag	191 452 „	198 075 „
Dividende (24 Proz.)	2 400 000 „	2 400 000 „
Tantieme	346 383 „	348 160 „

Fast ängstlich ist die Gesellschaft bemüht gewesen, die bisher seit Jahren gezahlte Dividende von 24 Proz. nicht zu überschreiten. Das ist ihr, wie Figura zeigt, durch mancherlei Schiebungen geglückt. Die Abschreibungen in Höhe von mehr als 3 Millionen Mark sind nur glaubhaft, wenn man annimmt, daß die „Ilse" ihre neuerworbenen Kohlenfelder, ihre Neubauten usw. sofort bar bezahlt. Trotzdem bliebe ihr noch so viel Geld übrig, so daß sie, um damit zu räumen, eine halbe Million Mark für das kommende 25jährige Jubiläum in den Strumpf stecken mußte.

Eine kleinere Schwester der „Ilse", die A.-G. „Caroline" in Magdeburg, hat auch gut gewirtschaftet. Deren Ziffern sehen so aus:

	1911	1912
Abschreibungen u. Rücklagen	285 000 Mk.	322 000 Mk.
Gewinnvortrag	11 300 „	43 800 „
Dividende	30 Proz.	30 Proz.

Fünf Jahre hintereinander hat „Caroline" ihren Liebhabern 30 Proz. Dividende bieten können; in den letzten Jahren zahlte sie ihnen nicht weniger als 248 Proz. aus. Kein Wunder, daß sie ihr Treue bewahren und keiner als Goldsucher nach Kalifornien auswandert.

Das hat keiner nötig, der Braunkohlenaktionär ist. Denn wie die nachstehenden Betriebsgewinne ergeben, lassen die Gruben überall ihre Besitzer leben — auch die kleinen. Da ist Grube „Hubertus" in Brüggen. Sie hatte:

	1911	1912
Reingewinn	462 161 Mk.	497 481 Mk.
Abschreibungen	224 306 „	221 903 „
Gewinnvortrag	46 341 „	82 277 „
Rücklage	22 268 „	22 557 „
Tantiemen	29 551 „	28 647 „
Dividende	360 000 „	360 000 „

Das Braunkohlenwerk „Wilhelma" in Frechen bei Köln hatte:

	1911	1912
Reingewinn	104 007 Mk.	128 335 Mk.
und Abschreibungen	260 817 „	232 887 „
Zahlte Ausbeute	100 000 „	120 000 „

Die „Werschen-Weißenfelser Braunkohlen A.-G." hatte in ihrem letzten Geschäftsjahr 1911/12:

Betriebsgewinn . . . . . 1 871 987 Mk.
zu Abschreibungen . . . . . 820 088 „
für Gewinnvortrag . . . . . 261 227 „ verwendet und an Dividende zahlte sie 11 Prozent

Die Harbker Kohlenwerke besserten ihre Erträge in folgender Weise auf:

1910/11	1911/12
413 460 Mk.	868 917 Mk.

Die Niederlausitzer Kohlenwerke hatten:

	1910/11	1911/12
Betriebsgewinn	3 372 176 Mk.	3 982 159 Mk.
Abschreibungen	1 327 131 „	1 677 753 „
Reingewinn	1 790 849 „	2 075 046 „
Dividende	11 Prozent	12 Prozent

Die Riebeckschen Montanwerke, die sich als A.-G. im Jahre 1883 etablierten, hatten in den ersten 25 Jahren ihres Bestehens, abzüglich der Unkosten, einen

Geschäftsgewinn von 56 630 000 Mk.
Abschreibungen „ 19 000 000 „
Reingewinn „ 37 590 000 „
Dividende insgesamt 309½ Prozent,

was einer durchschnittlichen Jahresdividende von 12,38 Prozent entspricht. Die Aktionäre haben bis jetzt ihre eingezahlten Gelder vervierfacht, denn auch in den letzten zwei Jahren hat sich der Gewinn in die Millionen belaufen.

„Leonhard", Braunkohlenwerke bei Meuselwitz, hatten ebenfalls Glück. Es betrugen:

	1910/11	1911/12
Betriebsgewinn	322 341 Mark	618 956 Mark
Abschreibungen	129 904 „	213 857 „
Gewinnvortrag	23 965 „	136 123 „
Reingewinn	193 137 „	405 598 „

Am allermeisten gerafft hat aber die A.-G. Vereinsglück. Sie konnte ihren Aktionären zahlen:

	1907/08 Proz.	1908/09 Proz.	1909/10 Proz.	1910/11 Proz.	1911/12 Proz.
Auf Stammaktien	37	37	37	37	55
Auf Prioritätsaktien	42	42	42	42	60

So wirtschaften die modernen Goldgräber. Ohne daß sie selbst einen Finger zur Arbeit krümmen, können sie ungeheure Reichtümer anhäufen. Das ist ihnen aber nur möglich, weil die Bergarbeiter für einen Lohn von 3—4 Mark zehn bis zwölf Stunden täglich für sie schuften. Ihre Uneinigkeit verurteilt die Bergleute dazu, in eine Arbeitsteilung zu willigen, die den Arbeitern Gefahren und ein kümmerliches Brot, den Unternehmern Überfluß und Wohlleben zuweist.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten".

Berlin, 4. März.

125. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstische: v. Tirpitz.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst Anfragen.

Gröber (Z.) fragt an, was der Reichskanzler zu tun gedenkt, um seine Erklärung, daß die Handhabung des Jesuitengesetzes frei von jeder Nachschnüffelei und Schikane sein soll, zur Geltung zu bringen gegenüber dem Vorgehen des katholischen Kirchenrats in Stuttgart aus Anlaß zweier Vorträge von Jesuitenpatres in einem katholischen Männerverein.

Ministerialdirektor Casper: Der katholische Kirchenrat in Stuttgart untersteht dem kgl. württembergischen Ministerium für Kirchen- und Schulwesen. Da nicht dargetan ist, daß der Instanzenzug in Württemberg erschöpft ist, liegt kein Anlaß für den Reichskanzler vor, bei der württembergischen Regierung Vorstellungen zu erheben. (Aha! i. Ztr.) Im übrigen läßt sich ohne nähere Ermittlungen nicht feststellen, ob der Erlaß mit den Erklärungen des Reichskanzlers vereinbar ist oder nicht. (Gelächter u. Unruhe im Ztr.)

Dr. Paasche (NL.) fragt an, ob der Reichskanzler bereit ist, gegenüber den Bestrebungen der englischen Firma Lever Brothers eine Ausbeutungskonzession über ca. 12 000 engl. Quadratmeilen des wertvollsten Landes der Republik Liberia zu erhalten, die deutschen Interessen in Liberia zu schützen.

Oberregierungsrat Lehmann erwidert, daß gegen eine Erteilung dieser Konzession durch die Regierung Verwahrung eingelegt werde, und daß die gesetzgebenden Körperschaften des Freistaates Liberia die Genehmigung nicht erteilt hätten.

Hierauf wird das Etatsnotgesetz debattelos an die Kommission verwiesen.

Dann wird die zweite Beratung des Marineetats fortgesetzt.

Giesberts (Ztr.) wünscht einen Ausbau der Arbeiterausschüsse bei der Marineverwaltung und Beseitigung der Bestimmungen aus der Arbeitsordnung, wonach Angehörige bestimmter politischer Parteien nicht beschäftigt werden dürfen. Diese Bestimmung habe sich als überflüssig erwiesen, da bei den Ausschußwahlen die große Mehrheit der Stimmen doch für sozialdemokratische Kandidaten abgegeben würden. Ferner sollte die Marineverwaltung dahin wirken, daß bei der Firma Krupp, denen sie Riesenaufträge gibt, endlich auch Arbeiterausschüsse eingeführt werden und daß bei den von ihr beschäftigten Betrieben der Großeisenindustrie wenigstens die minimalsten Forderungen der Sozialpolitik in bezug auf Löhne und Arbeitszeit erfüllt werden.

Legien (SD.): Herr Weinhausen warf uns gestern vor, daß wir Einzelheiten, die in der Kommission eingehend verhandelt worden seien, hier wieder vorbrächten. Er hat allerdings dann dasselbe getan. Wenn wir auf solche Dinge wieder zu sprechen kommen, so nicht etwa, um sie zu agitatorischen Zwecken auszunützen, sondern um die sehr wertvollen Erklärungen des Staatssekretärs und seiner nachgeordneten Beamten hier wiederholen zu lassen. Ich sage, sehr wertvolle Erklärungen, denn das, was der Staatssekretär gestern hier ausgeführt hat, wird die Arbeiter der Reichsmarinebetriebe aufklären über die Stellungnahme, die die Reichsmarineverwaltung ihnen gegenüber einzunehmen beabsichtigt. Der Staatssekretär fragte: Was soll die Verwaltung tun, um für die Zukunft eine derartige Kritik zu vermeiden? Das ist

---

Hafenstürme.

Roman von W. W. Jacobs.

(25. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Ja, sagte Fräulein Schümann, „und — —"

„Und für Frau König habe ich immer eine große Vorliebe gehabt," fuhr er fort, „sie war sehr nett zu mir, als ich noch ein kleiner Junge war, wie ich mich wohl erinnere. Sie ist sehr gütig und liebenswürdig."

Das verwirrte Fräulein Schümann warf ihm einen heimlichen Blick zu.

„Und — —" sprach sie wieder sehr sanft.

„Und sehr mütterlich," antwortete Thießen, ohne mit einer Muskel zu zucken.

Fräulein Schümann zögerte und warf ihm von neuem einen Blick zu. Der Ausdruck seines Gesichts war unbefangen, um nicht zu sagen dumm. Sie beschloß, es zu wagen. Bis jetzt war er in ihren kurzen Wortgefechten stets Sieger geblieben, und Eintönigkeit war nie nach ihrem Geschmack gewesen, besonders Eintönigkeit auf diesem Gebiet.

„Und wie ist es mit mir?" sprach sie mit freundlichem Lächeln.

„Sie," erwiderte Thießen mit einem Ernst in der Stimme, welcher durch die Heiterkeit, die aus seinen Augen sprach, Lügen gestraft wurde, „Sie sind die Tochter des tüchtigen Seemanns und die Nichte der netten und mütterlichen Frau König."

Fräulein Schümann sah wieder eilig zu Boden und die ganze Widerspenstigkeit in ihr schrie nach Rache. Das war derselbe herrische Ernst Thießen, der sich als Knabe in der Kirche seinen Weg nach ihrem Platz erzwungen hatte. Wenn er auf diese Weise fortfahren sollte, dann würde er unerträglich werden. Sie beschloß daher, ihn, selbst auf Kosten großer persönlicher Unbequemlichkeiten, zu Fall zu bringen, da ihm dies sehr not tat. Aber sie war sich ganz klar darüber, daß sie dazu Zeit brauchen werde.

„Natürlich sind Sie und Max bereits gute Freunde," meinte sie sanft.

„Sehr," pflichtete Thießen bei. „So gute Freunde, daß ich kürzlich eine Menge Zeit mit dem Nachsinnen über Mittel und Wege verbracht habe, wie ich ihn aus den Schlingen der Löbels befreien könnte."

„Ich sollte meinen, das sei seine Sache," meinte darauf Fräulein Schümann hochmütig.

„Die meinige auch," sagte Thießen. „Ich wünsche nicht, daß er Fräulein Löbel heiratet."

Zum ersten Male seit der Verlobung billigte Fräulein Schümann dieselbe beinahe.

„Warum teilen Sie ihm denn Ihre Wünsche nicht mit?" bemerkte sie leichthin. „Das wird doch sicherlich genügen."

„Aber Sie wollen doch diese Heirat auch nicht?" fragte Thießen, diese Bemerkung ignorierend.

„Ich möchte nicht, daß mein Bruder eine Gemeinheit begeht," erwiderte das junge Mädchen, „aber ich würde auch nicht gerade traurig sein, wenn diese Heirat nicht stattfände."

„Sehr schön," sagte Thießen, „mit Ihrer Zustimmung in Händen, werde ich nichts unversucht lassen. Schümann ist hineingelegt worden, und ich werde ihn herausreißen, wenn ich nur irgend kann. In der Liebe und im Krieg ist alles erlaubt. Sie haben doch nichts dagegen, daß ich eine Gemeinheit begehe?"

„Nicht im geringsten," erwiderte Fräulein Schümann prompt.

Das Wiedererscheinen von Frau König in diesem Augenblick überhob Herrn Thießen der Notwendigkeit einer Antwort. Die Unterhaltung kehrte zu dem vermißten Kapitän zurück, und Thießen entwarf zusammen mit Frau König ein solches Bild von den beiden verbrüderten Kapitänen, daß Fräulein Schümann das Gefühl hatte, als könne selbst das tausendjährige Reich keine Überraschung mehr für sie haben.

„Er hat sich sehr zu seinem Vorteil verändert," bemerkte Frau König, nachdem sich die Tür hinter ihrem Besucher geschlossen hatte, „so umsichtig!"

„Er ist umsichtig genug," stimmte ihre Nichte bei.

„Er hat etwas an sich, was ich äußerst bedächtig nennen möchte," fuhr die ältere Dame fort, „aber ich fürchte, er ist schwach. Jeder würde ihn um den kleinen Finger wickeln können."

„Ich glaube es selbst", bestätigte Fräulein Schümann und sah sie bewundernd an, „besonders, wenn er sich wickeln lassen will." —

Nachdem das Eis so gebrochen worden war, verbachte Herr Thießen die folgenden ein oder zwei Tage damit, plausible Gründe für einen zweiten Besuch zu ersinnen. Einen davon fand er in der Person des Herrn Wilkens, welcher, nachdem es ihm nicht gelungen war, seinen geliebten Herrn in einer kleinen Schenke unten am Hafen in Hamburg zu finden, nach Wellhafen zurückgekehrt war, ohne etwas von der Luftveränderung profitiert zu haben. Und nun mußte er von Thießen die schreckliche Wahrheit über das Verschwinden des Kapitäns hören.

„Ich wollte, sie hätten mich statt seiner gepreßt," sagte er zu seinem mitfühlenden Zuhörer, „oder Frau Lampe."

„Frau Lampe?" fragte der andere starr.

„Was das Ende davon sein wird, ich weiß es nicht," sagte Herr Wilkens und legte seine noch zitternde Hand dem andern aufs Knie. „Es ist herumgekommen, daß sie mir durch ihre sorgsame Pflege das Leben gerettet hat, und die Art und Weise, wie sie ihren Kopf darüber schüttelt, daß ich, wie sie es nennt, durch diese Reise nach Hamburg mein wertvolles Leben riskierte, macht mich schaudern."

„Unsinn," meinte Thießen, „sie kann Sie doch nicht gegen Ihren Willen heiraten. Seien Sie doch kühl und höflich gegen sie."

„Wie können Sie kühl und höflich sein, wenn sie gerade gegenüber wohnt," fragte der Steward jammernd. „Letzte Nacht um 10 Uhr schickte sie mir Edu herüber, um meine Brust mit einer Flasche Opedeldock einzureiben, und ich kann doch nicht gut sagen, daß ich ganz gesund bin, wenn sie für das Zeug 15 Groschen gutes Geld ausgegeben hat."

„Aber sie kann Sie doch nicht heiraten, wenn Sie ihr keinen Antrag machen", meinte der Tröster.

Herr Wilkens schüttelte den Kopf. „Die Leute in der Allee fangen schon an, darüber zu reden," meinte er kummervoll, „gerade als ich heute nachmittag nach Haus kam, blinzelte der alte Krischan Lüdeke zwei oder drei Frauen an, die in der Nähe schwatzten, und als ich ihn fragte, was er denn zu blinzeln habe, sagte er, daß ihm ein Stück Hochzeitskuchen ins Auge gepflogen sei, als ich vorbeiging. Die dämlichen Weiber wären fast in Ohnmacht gefallen vor Lachen."

„Sie werden es bald satt bekommen," meinte Thießen.

Herr Wilkens, noch ganz schwermütig, wagte daran zu zweifeln, wurde aber fast wieder vergnügt, als sein Besucher ihn mit seiner Absicht bekannt machte, zu versuchen, seine Angelegenheiten bei der Familie Schümann zu ordnen. Er wurde ganz redselig in seiner Verteidigung und legte großen Wert auf die Tatsache, daß er Fräulein Schümann gepflegt habe, als sie noch im Tragkleid war, und sie im Alter von fünf Jahren gelehrt habe, wie ein Engel zu pfeifen.

„Mehr als alles andere hab[illegible] es empfunden, daß sie mich über Bord warf," sprach er [illegible]it gebrochener Stimme. „Neunundzwanzig Jahre bin ich mit dem Kapitän gefahren und habe ihm treu gedient, und das ist nun mein Lohn!" —

Am nächsten Tage plädierte Thießen für ihn. Fräulein Schümann war allein als er erschien, und wurde von der lebhaften Schilderung, die Herr Thießen von der Einsamkeit des alten Mannes entwarf, so bewegt, daß sie demselben ihre volle Vergebung gewährte und sich entschied, ihm sogleich einen Besuch zu machen. Die Tatsache, daß Thießen noch keine fünf Minuten anwesend war, schien sie zu übersehen.

„Ich will hinauf[illegible]gehen, Hut und Jackett anziehen und gleich gehen," erklärte sie eifrig. (Fortsetzung folgt.)

nicht schwierig: er braucht nur dafür zu sorgen, daß in den Reichsmarinebetrieben mindestens die gleichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse geschaffen werden, wie sie in guten Privatbetrieben vorhanden sind. Wir wären gewiß sehr froh, wenn wir nicht alljährlich hier über diese Dinge sprechen müßten. Wenn in den Marinebetrieben aber im letzten Jahrzehnt wesentliche Verbesserungen für die Arbeiter eingetreten sind, so ist das ausschließlich den Sozialdemokraten zu danken, die zuerst von der Tribüne des Reichstags diese Dinge besprochen haben. Heute beschäftigen sich ja auch Vertreter anderer Parteien mit diesen Verhältnissen. Aber daß über die Lage der Arbeiter auf den Werften hier überhaupt gesprochen wird, danken die Werftarbeiter in der Tat dem Vorgehen der sozialdemokratischen Abgeordneten. In gewisser Beziehung können wir ja auch mit dem Ergebnis unseres Auftretens zufrieden sein, wenn auch alles noch nicht so ist, wie es sein sollte. Davon kann keine Rede sein, daß wir unser Material von „anonymen Gewährsleuten" bekommen. Mir sind meine Gewährmänner persönlich bekannt, und ich frage sie stets, ob sie bereit wären, das, was sie mir mitteilen, auch vor Gericht unter Eid auszusagen. Würden wir hier die Namen nennen, so würde wohl nicht der Staatssekretär, aber seine Beamten auf den Werften solche Leute sehr bald verstehen, aus ihren Stellungen herauszudrängen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) — Die Bestimmung in der Arbeitsordnung über die Nichtbeschäftigung sozialdemokratischer Agitatoren hält der Staatssekretär für notwendig. Eigenartig war die Begründung, mit der sich Herr Giesberts gegen diese Bestimmung wandte. Die Christlichen klagen noch immer über den Terrorismus sozialdemokratischer Gewerkschaftler. Etwas anderes als Terrorismus ist es aber nicht, wenn man Arbeiter wegen ihrer politischen Gesinnung von den Marinebetrieben fernhält. Aber anstatt sich nun einfach aus Gerechtigkeitsgefühl gegen diese Bestimmung der Arbeitsordnung zu erklären, meinte Herr Giesberts nun, sie hat sich als wirkungslos herausgestellt, daher kann sie beseitigt werden. Das ist christliches Gerechtigkeitsgefühl. (Sehr gut! b. d. Soz.) Was heißt im übrigen „sozialdemokratische Agitatoren"! Nach unseren Arbeiterbegriffen muß jeder Arbeiter, der überzeugter Sozialdemokrat ist, und einigermaßen redegewandt ist, ein Agitator für seine Ueberzeugung sein. (Sehr gut! b. d. Soz.) Der Staatssekretär meinte humoristisch, jede Hausfrau erkundige sich doch auch nach ihrem Dienstmädchen vor der Anstellung. Ja, wenn der Staatssekretär zu den Arbeitern auf den Werften in dasselbe Verhältnis treten will, wie die Hausfrau ihrem Dienstmädchen gegenüber, so wäre dieser Vergleich berechtigt. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Selbstverständlich muß die Marineverwaltung sich davor sichern, daß Zuchthäusler usw. auf den Werften beschäftigt werden, das nehmen wir ihr nicht übel; aber es ist etwas anderes, ob man sich darüber vergewissert, daß man es mit einem ehrlichen Menschen zu tun hat, oder ob man veranlaßt, daß Gesinnungsschnüffelei getrieben wird. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Richtig ist allerdings, daß diese Bestimmung fast gar nicht zur Anwendung kommt, viel weniger als bei den Eisenbahnen. Aber das liegt an dem guten Willen der Werftverwaltung. Es liegt daran, daß im modernen Schiffsbau intelligente Arbeiter gebraucht werden, und da glücklicherweise jeder geistig fortgeschrittene Arbeiter heute zur Sozialdemokratie gehört, so kommt die Marineverwaltung gar nicht darum herum, Sozialdemokraten in ihren Betrieben zu beschäftigen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wenn der Staatssekretär Querulanten, Friedensstörer usw. einfach mit sozialdemokratischen Agitatoren identifiziert, so muß ich sagen: verständige Unternehmer denken darüber anders, die sind längst zu der Ueberzeugung gekommen, daß sich am besten mit gewerkschaftlich organisierten und sozialdemokratisch gesinnten Arbeitern arbeiten läßt, auf die man sich verlassen kann. Den Hohn, der in den Worten meines Freundes Brandes lag, als er meinte, wir könnten ja eigentlich vom agitatorischen Standpunkt mit der Stellungnahme des Staatssekretärs in der Frage der Arbeiterjugend ganz zufrieden sein, scheint der Staatssekretär nicht verstanden zu haben. Im übrigen wollen wir am wenigsten, daß die Arbeiterjugend verhetzt wird. Wir wollen den jungen Leuten ihre Jugend erhalten und wollen nicht, daß sie allzufrüh erfüllt werden mit politischen Ideen. Wer die Jugend aus parteiischen und kirchlichen Interessen verhetzt, das sind die bürgerlichen Parteien. Diese Verhetzung nennt man nicht „Politik", eine politische Beeinflussung soll es nur sein, wenn wir wünschen, daß die Arbeiterjugend in den Anschauungen ihrer Eltern auferzogen wird. Das ist Ihre Konsequenz. Erziehen Sie nur Ihre Jugend, da haben Sie genug zu tun, und überlassen Sie es dem Proletariat, seine Jugend nach seinem Ideal zu erziehen. (Sehr gut! b. d. Soz.) Die Forderung, daß die Mitglieder der Arbeiterausschüsse während der Arbeitszeit mit den Arbeitern verkehren dürfen, liegt vielmehr im Interesse derer, die ein gewisses Vertrauensverhältnis zwischen Verwaltung und Arbeitern wünschen. Die Verwaltung aber legt nur Wert auf Kommandieren, Disziplinieren und Reglementieren, und wenn dann alles stramm steht, dann glaubt sie, es klappt auch alles auf den Werften. Wir haben genug vor dieser Täuschung gewarnt und sind nicht verantwortlich, wenn in kritischer Zeit dies System versagen wird. — Ferner bestritt der Staatssekretär, daß man von schlechten Löhnen auf den Werften reden könnte, sagte aber gleichzeitig, die Verwaltung könne die Löhne vorwärts treiben, wenn der Reichstag mehr bewilligt. Als ob hier über die Wochenlöhne jedes einzelnen Werftarbeiters verhandelt würde. Gerade der Marineverwaltung werden ja geradezu blindlings Millionen und Abermillionen bewilligt, es wird ihr völlig das Dispositionsrecht überlassen, der Reichstag hat nicht die geringste Kontrolle über die Verwendung im einzelnen. Wir wissen aber natürlich, welche Differenzen vorhanden sind zwischen dem Bau von Kriegsschiffen auf Reichswerften und Privatwerften und sind überzeugt, daß mit den Ueberschüssen, die die Marineverwaltung bei den Bauten macht, die Löhne ganz wesentlich erhöht werden können. Gewiß sind Lohnerhöhungen eingetreten, aber sie sind vielfach durch Verlängerungen der Arbeitszeit wieder ausgeglichen, und stehen jedenfalls mit den Löhnen in der Privatindustrie in gar keinem Verhältnis. Eine Verbesserung ist nur dadurch erfolgt, daß man die Arbeiter aus einzelnen Lohnklassen in höhere gehoben hat. Aber gerade die Arbeiter in den niedrigen Lohnklassen hat man nicht erhöht, sie sind auf dem gleichen Niveau geblieben, soweit sie nicht durch Überstunden etwas höhere Verdienste erzielt haben. Vielleicht veranlaßt der Staatssekretär, daß auch sie etwas vorgehoben werden. Man verweist immer auf den großen Andrang zu den Werften. Gewiß, viele Arbeiter glauben, sie hätten eine gesicherte Lebensstellung auf den Werften, aber wenn sie erst da sind, gehen ihre phantastischen Hoffnungen bald verloren. Hätte der Staatssekretär recht, dann müßte auf den Reichswerften ein stabiler Arbeiterstand vorhanden sein. Aber vom Oktober 1906 bis Oktober 1911 sind eingetreten 14 900 Arbeiter und abgegangen 12 700 Arbeiter. (Hört, hört! bei den Soz.) Solche Betriebe nennt man Taubenschläge, das sind nicht Betriebe, in denen man dauernd Arbeit findet, wenn mehr als die Hälfte der Arbeiter durch die Betriebe laufen; das kann auch keineswegs im Interesse der Marineverwaltung liegen, der Staatssekretär sollte daher ruhig die Arbeitslöhne erhöhen, er würde sich dadurch einen stabilen Arbeiterstand schaffen. Aber mir scheint, er geht wohl mit würdiger Ruhe einer Sozialdebatte entgegen, dagegen zittert ihm das Herz vor Angst, wenn er daran denkt, die Löhne auf den Werften könnten höher sein, als in der Privatindustrie. Er fürchtet, dadurch könnte die Konkurrenzfähigkeit der Privatindustrie mit dem Auslande leiden. In den Vereinigten Staaten und in England besteht die achtstündige Arbeitszeit schon lange, ohne daß der Schiffsbau zurückgegangen ist oder die Konkurrenzfähigkeit, denn die Konkurrenzfähigkeit einer Industrie hängt nicht von der Länge der Arbeitszeit ab (Sehr richtig! bei den Soz.), vielmehr von der Intelligenz der Arbeiter, die durch höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit erhöht wird. Der Staatssekretär sagte ferner, die ungeteilte Arbeitszeit lasse sich nicht durchführen, weil die Werft geöffnet bleiben muß, so lange die Schiffe im Dienst stehen. Nun, sie bleibt doch auch nicht während der Nachtmanöver geöffnet. Der Einwand zieht also nicht. Daß ein Teil der Leute, namentlich die älteren, die ungeteilte Arbeitszeit nicht gerne haben, glaube ich, wir haben es aber mit der jüngeren Generation zu tun, und da haben sich die Wohnungsverhältnisse so gestaltet, daß von einer Möglichkeit, des Mittags nach Hause zu gehen, garnicht die Rede sein kann. Bei der ungeteilten Arbeitszeit würde es aber mit den Ueberstunden ein Ende haben, und vielleicht ist das der Grund, warum die Werftverwaltung dagegen ist; denn in den Reichsmarinebetrieben werden Ueberstunden in ganz gewaltigem Umfange geleistet. Ausländische Arbeiter, sagte der Staatssekretär, werden grundsätzlich nicht beschäftigt. Die Ausführungen meines Freundes Brandes bezogen sich auch nicht auf Marinebetriebe, sondern auf Arbeiten in Wilhelmshaven im Auftrage der Marine, und da hat der Betriebsunternehmer deutsche Arbeiter entlassen, um holländische einzustellen. Wir gönnen den ausländischen Arbeitern auch Arbeit, nur dürfen sie nicht als Lohndrücker beschäftigt werden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Und darauf sollte auch die Marineverwaltung achten. Vielleicht nimmt der Staatssekretär einiges von dem, was wir ausgeführt haben, zur Notiz, und sorgt für Besserung. (Beifall bei den Soz.)

Sir (Z.) wünscht stärkere Berücksichtigung der süddeutschen Industrie bei Vergebung von Lieferungen durch die Marineverwaltung.

Geheimrat Harms: Diesen Wunsch wollen wir möglichst berücksichtigen. Unser Arbeiterstand ist recht stabil, über 60 Prozent sind länger als fünf Jahre im Dienst, nur die jungen Leute wechseln stark. Der Abg. Brandes erwähnte gestern die Entlassung eines Mannes, der innerhalb und außerhalb des Betriebes nach seinem eignen Zugeständnis agitiert hat. Uebrigens kann ein Agitator ja auch garnicht anders als auch im Betriebe zu agitieren. (Widerspruch bei den Soz.) Es handelte sich aber weniger um die Entlassung als um die Aufnahme eines Vermerks über das außerdienstliche Verhalten ins Zeugnis. Nachdem jetzt die zweite Instanz das für unzulässig erklärt hat, soll es in Zukunft unterbleiben. Im Durchschnitt sind unsere Löhne höher wie in der Privatindustrie. Bei seinen Ausführungen über die Arbeitszeit ist dem Abg. Legien ein Irrtum unterlaufen; der Staatssekretär sprach nicht von den im Dienst befindlichen Schiffen, sondern von denen, die sich zur Ausbesserung auf der Werft befinden. Auch würde bei der ungeteilten Arbeitszeit die Zahl der Ueberstunden sich nicht verringern, sondern eher zunehmen, weil die Leute ja doch reichlich Zeit haben. (Widerspruch bei den Soz.)

Giesberts (Z.): Die Behauptung Legiens, daß alle intelligenten Arbeiter Sozialdemokraten sind, zeigt doch eine gewisse Großmannssucht der Sozialdemokraten. (Zustimmung im Zentr.)

Brandes (SD.): In bezug auf die Zustimmung des früheren Arbeitgebers zur Einstellung eines Arbeiters besteht eine Verfügung, wonach das Personal nicht ohne Zustimmung der Firma von ihr wegengagiert werden darf. Das legen die Arbeitgeber so aus, daß auch bei der Einstellung eines Arbeiters, der mit seinem Entlassungsschein zur Werft kommt, ihre Zustimmung einzuholen ist. Das ist doch unzulässig. Der Entlassungsschein muß genügen. (Geheimrat Harms nickt zustimmend.) In dem vom Geheimrat Harms erwähnten Fall eines sozialdemokratischen Agitators war dessen Agitation nur Vorwand. Der wirkliche Grund war, daß der Mann als Arbeiterausschußmitglied zu eifrig war. Die Löhne in den Marinebetrieben sind geringer als in der Privatindustrie, mein Material hierüber stelle ich jederzeit zur Verfügung.

Legien (SD.): Wenn in den Marinebetrieben auch 60 Prozent der Arbeiter über fünf Jahre beschäftigt sind, so ändert das nichts daran, daß innerhalb der letzten zwei Jahre 53 Prozent der Arbeiter gewechselt haben. Es handelt sich auch keineswegs nur um junge Leute, denn im ganzen sind nur 4500 Arbeiter im Alter von 19 bis 25 Jahren, während 19 800 über 52 Jahre alt sind. Nur 867 von den 6400, die freiwillig gewechselt haben, sind zum Militärdienst gegangen. Dann meinte Herr Geheimrat Harms noch, ein sozialdemokratischer Agitator könne garnicht anders, als auch auf der Arbeitsstelle agitieren. Nimmt er von sich denn auch an, daß er garnicht anders kann, als ständig Marinereden halten. (Heiterkeit.) Er berief sich auf den Passus einer Broschüre: erstes Erfordernis ist Werkstattagitation. Gewiß, aber das heißt nicht, Agitation an der Arbeitsstelle, sondern Zusammenberufung der Arbeiter einer und derselben Werkstatt, um sich nach Schluß der Arbeitszeit über die Werkstattverhältnisse auszusprechen. (Sehr richtig! bei den Soz.) In bezug auf die ungeteilte Arbeitszeit meinte er, es handle sich nur um die auf der Werft befindlichen Schiffe. Aber auch deren Dienstzeit ist eine andere, als die der Werftarbeiter, also ist auch dieser Grund nicht ausschlaggebend. Schließlich erwartete er noch von der ungeteilten Arbeitszeit ein Wachsen der Ueberstunden, weil die Leute ja noch Zeit hätten. Er soll es nur versuchen, wenn die Leute kein warmes Mittagessen gehabt haben, wird er sehen, wie sie drängen, nach Hause zu kommen. (Beifall bei den Soz.)

Damit schließt die Diskussion.

Die Resolution der Kommission über das Petitionsrecht der Angestellten und Arbeiter wird in der durch den Antrag Ablaß (Vp.) verschärften Form angenommen, wonach dies Recht in keiner Weise beschränkt werden darf. Ebenso werden die Teile der Resolution betr. Einführung der Verhältniswahl für die Arbeiterausschüsse und die Entfernung von Bestimmungen aus der Arbeitsordnung, die die Nichtbeschäftigung von Angehörigen politischer bestimmter Parteien vorsehen, angenommen. Weiter wird der Kommissionsantrag angenommen, dem Reichstag alljährlich vor Beratung des Marineetats eine Statistik vorzulegen, aus welcher die Zahl der Arbeiter getrennt nach Berufsgruppen und nach der Art ihrer Bezahlung, ihr Lohn, Zahl der Ueberstunden, Festtagsarbeitsstunden, Krankheitsfälle, Dienstzeit usw., sowie die Zahl der Betriebsbeamten im Verhältnis zur Arbeitergruppe ersichtlich ist.

Endlich wird eine Resolution angenommen, die Erhebungen verlangt über die Schädigung der alteingesessenen Fischer an der Kieler Förde durch Marineanlagen usw. und den Reichskanzler ersucht, in dem nächsten Etat einen Ausgleich dieser Schädigungen herbeizuführen.

Der Rest des Etats wird nach unerheblicher Debatte bewilligt.

Es folgt der Etat des

Reichskolonialamts.

Heute (SD.): Die Siedelungsfrage hat den Reichstag schon sehr oft beschäftigt. Seinerzeit glaubte man, daß es möglich sein werde, in Nordafrika mehrere Millionen kleine Ansiedler anzusiedeln. In bezug auf Samoa hat der jetzige Staatssekretär als Gouverneur von Samoa seinerzeit der Besiedelung durch deutsche Ansiedler widersprochen. Er war der Meinung, daß man es nicht verantworten könne, Leute mit wenig Kapital dort hinüberzuziehen, und Hoffnungen in ihnen zu erwecken, die auf keinen Fall in Erfüllung gehen würden. Aehnlich hat sich jetzt der Gouverneur von Ostafrika Dr. Schnee über die Besiedelung dieser Kolonie in einer Weise geäußert, daß damit allen verstiegenen Hoffnungen ein Ende bereitet sein dürfte. Er stellt fest, daß der Gesundheitszustand der Ansiedler am Kilimandscharo sehr arg bedroht sein würde durch Malaria und andere Tropenkrankheiten, und daß der Ertrag ihrer Arbeit ihnen durch die Vogel- oder Wildschweinplage doch wieder genommen werden würde. Ganz im selben Sinne äußert sich ein Artikel der „Frankfurter Zeitung", der auf den großen Prozentsatz der Europäer, die dort geisteskrank geworden sind, hinweist, und an den Ziffern der Erkrankungs- und Todesfälle und dem häufigen Abgang der dortigen Beamten sowie der Mitglieder der Schutztruppe nachweist, wie ungünstig die Gesundheitsverhältnisse in dieser Kolonie sind. Dr. Schnee betont auch noch, daß in den Gebieten am Kilimandscharo sehr viele Eingeborene Produktion betreiben, die natürlich bessere Existenzmöglichkeiten haben, als sie weiße Ansiedler je dort haben könnten. Es wäre aber ganz verkehrt, deutsche Ansiedler dort hinüberzulocken und sie sich dort ansiedeln zu lassen, wo die Eingeborenen dicht beieinander wohnen. Also es ist nichts mit der Besiedelung von Ostafrika in dem Umfang, wie Kolonialphantasten uns das früher glauben machen wollten. Auch die Ansiedelung von Leuten mit größerem Kapital, die sich mehr Land und Arbeiter leisten können, ist dort wenig aussichtsreich. Einmal fehlt es an der Absatzmöglichkeit für ihre Produkte und zweitens an Arbeitern. Die Absatzfrage betont Dr. Schnee besonders. Sie würden mit der Konkurrenz der billiger arbeitenden Eingeborenen zu rechnen haben, das würde den Zorn der Ansiedler erregen, und sie würden alles tun, Eingeborenenkulturen zu vernichten. Dagegen sind wir natürlich, und wir freuen uns, in Herrn Dr. Schnee einen Mitkämpfer gefunden zu haben. Wir Sozialdemokraten haben wieder einmal Recht behalten, indem wir nüchtern die kolonialen Möglichkeiten erwogen haben. Die Eingeborenenkulturen wollen wir mit allen Mitteln fördern. 1908 ist auf unsern Antrag beschlossen worden, daß den Hereros wieder Land gegeben werden soll. Dieser Antrag ist von der Regierung ebensowenig beachtet worden, wie der Beschluß des Reichstags in der Mischehenfrage, gegen den der Staatssekretär auf seiner umfangreichen Bierreise Propaganda gemacht hat. (Vizepräsident Dove: Der Ausdruck „Bierreise" auf eine amtliche Reise angewandt, ist ungehörig.) Ich will den Ausdruck gern zurücknehmen, aber der Staatssekretär hat ja selbst gesagt, daß er sich im Nebenamt in der unangenehmen Lage befunden habe, die Zeit nur noch nach Bierabenden zu berechnen. (Heiterkeit). Auch von der Besiedelung Kameruns kann nach dem Urteil Sachverständiger bei dem mörderischen Klima, das dort herrscht, keine Rede sein. Es bleibt also zur Besiedelung nur noch eine Kolonie übrig, die derartig im Bruch ist, daß sie dem Bankerott entgegengeht, wenn die Diamantenfunde aufhören. Was unseren Antrag auf Förderung der Eingeborenenkulturen in Südwestafrika anlangt, so hätte man eigentlich annehmen sollen, daß er von dem Staatssekretär mehr beachtet worden wäre, der seinerzeit so vernünftig die Samoaner in Schutz genommen hat gegen die Alldeutschen. Um die Ausrottung der Eingeborenen zu verhindern, gibt es nur das eine Mittel, die von uns empfohlene Unterstützung der Eingeborenenkulturen. Freilich würde das den großen Plantagenbesitzern nicht gefallen, die über Arbeitermangel klagen. Man sagte auch in der Budgetkommission, für die Eingeborenen müßte ein gewisser Zwang zur Arbeit eingeführt werden, denn die Leute wollen faulenzen und nur ihre Frauen arbeiten lassen. Selbst Vertreter des äußersten Liberalismus sprachen sich so aus. Man denkt garnicht an den Kulturzustand dieser Leute. Für sie eine zehnstündige Arbeitszeit einzuführen, ist ganz unerträglich; einen derartigen Arbeiterschutz müssen wir auf alle Fälle bekämpfen. Daß die Eingeborenenkolonien gedeihen, zeigt auch die neue Denkschrift des Kolonialamts, und selbst zahlreiche Artikel der „Deutschen Tageszeitung", in der weit vernünftigere Ansichten zum Ausdruck kommen, als in den Leitartikeln. Es kann eben niemand bestreiten, der die Dinge wirklich kennt, daß der farbige Arbeiter gern arbeitet. Es gibt eben überhaupt keine Menschen, die von Natur aus faul wären. (Große Heiterkeit.) Ich habe nichts dagegen, daß die Herren, die sich als Ausnahme fühlen, darüber lachen, sie lachen nur über sich selbst. (Sehr richtig! bei den Soz.) Von Natur gibt es keine arbeitsscheuen Menschen, nur die Verhältnisse machen einen Menschen dazu. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wollen wir die Eingeborenenkulturen heben und die Eingeborenen schützen, sodaß sie sich wohl fühlen, dann dürfen wir ihnen nicht kleine Häppchen Land zuweisen, sondern müssen ihnen genügend große Grundstücke zur Verfügung stellen. In 25 Jahren sind dort drüben 150 000 Menschen vernichtet worden. Der Staatssekretär hat diese Ziffer berichtigt, aber eine Gewähr für die Richtigkeit seiner Ziffern kann er auch nicht übernehmen. Aber selbst wenn diese richtig ist, dann sind immer noch über 26 800 Menschen in Afrika hingeschlachtet, damit einige wenige sich bereichern können. Wahre Menschenschlächtereien sind dort veranstaltet. Die Farmer empfehlen, die Eingeborenen nicht, wie bis jetzt, nur mit Prügel und Gefängnis zu bestrafen, sondern wollen die entlaufenen farbigen Arbeiter auch noch tätowieren, kennzeichnen und in Ketten legen. In bezug auf die Prügelei ist dem Staatssekretär sicher nicht alles bekannt, sonst würde er sicherlich längst mit einem Donnerwetter dazwischen gefahren sein. Aber was die Farmer verlangt haben, ist geradezu himmelschreiend und ein Brandmal für die deutsche Kolonialpolitik. Der Gouverneur hat sich genötigt gesehen, im ganzen Bezirke das Anwerben farbiger Arbeiter zu verbieten, um ihre völlige Aufreibung zu verhindern. (Hört, hört! bei den Soz.) Zu Zehntausenden sind sie nach Samoa verschleppt worden und haben dort als Kulturdünger geendet. Das ist ein Kulturdokument der Schande, auf das auch die Kolonialverwaltung achten sollte. (Sehr richtig! bei den Soz.) Trotz der Verordnungen hat die Zahl der Anwerber der schwarzen Arbeiter zugenommen, mit Energie mußte die Verwaltung die Beachtung der Verordnungen erzwingen. Die Farmer verlangen, daß die Arbeiter Steuern zahlen, wenn sie nicht arbeiten, was ihnen natürlich unmöglich ist. Wenn die Farmer aber selbst Steuern zahlen sollen, dann schreien sie auf. So hat sich eine Gesellschaft über eine Steuer empört, die ihr auferlegt wurde, weil sie Land in der Größe des Königreichs Bayern, daß sie für 150 Pfd. Sterling erworben hatte (Hört, hört!) unaufgeschlossen liegen ließ. Sie behauptete, das sei eine Konfiskation „wohlerworbener" Rechte. (Hört, hört! bei den Soz.) Der Staatssekretär hat der Gesellschaft eine erfreuliche energische Antwort erteilt. Die Arbeiterfrage wird brennend werden, sobald die Kulis und die Neger sich organisieren. Wir betrachten diese Schwarzen als Arbeitsbrüder, ja, solche schwarzen Brüder sind uns lieber, als die schwarzen Brüder in Deutschland. (Heiterkeit.) Die Arbeiterfrage ist in den Kolonien nicht im Sinne unserer Kapitalisten zu lösen. Die humanste Kolonialpolitik bleibt immer die Förderung der Eingeborenenkultur. Wer uns freilich einreden wollte, daß die Baumwollenproduktion in unseren Kolonien konkurrenzfähig werden könnte, der wäre nur ein betrogener Betrüger. (Sehr wahr! bei den Soz.) Erforderlich ist, daß der Staatssekretär den Wünschen der Farmer Südwestafrikas in bezug auf die Owambos nicht nachgibt, auf deren Arbeitskraft diese Farmer einen Appetit haben, wie Tiger auf Menschenblut. Redner erinnert an die bestialischen Mißhand-

lungen, die der Farmer Cramer sich gegen Eingeborene hat zuschulden kommen lassen. Wir werden die Eingeborenen gegen alle Übergriffe von Farmern und Behörden stets in Schutz nehmen. Behandle man die Eingeborenen wie Menschen, dann wird man auch keine Aufstände zu fürchten haben, und dann brauchen wir auch keine Schutztruppe. Der Staatssekretär, der früher auf Grund seiner Tätigkeit in Samoa z. B. von der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" auf das schärfste angegriffen wurde, hat inzwischen in einer Weise den Beifall der „Kolonialfreunde" gefunden, die ihn uns recht verdächtig macht. Protestieren müssen wir dagegen, daß Herr Solf in seinen Reden sich über den Beschluß des Reichstags in bezug auf die Mischehen hinweggesetzt hat. Übrigens ist das Verbot der Mischehen ein Unsinn sondergleichen (Sehr richtig! bei den Soz.), denn nur ein Prozent der Mischlinge wird in Ehen geboren, 99 Prozent außerhalb der Ehen. Die deutsche Kolonialpolitik kostet dem deutschen Volke ungeheuer viel Geld und bringt nur sehr wenigen etwas ein. Wir lehnen diese Kolonialpolitik ab. (Zuruf rechts.) Auch in den „Sozialistischen Monatsheften" werden Sie keinen Artikel finden, Herr Oertel, der das Verhalten gegen die Eingeborenen billigt. Solche Kolonialpolitik muß jeder Sozialdemokrat verwerfen! (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Mittwoch 2 Uhr. (Konservativer Antrag auf Vermehrung der kleinen Garnisonen, Petitionen.)

Schluß 6¾ Uhr.

Gewerkschaftsbewegung.

Lohnbewegung im Schneidergewerbe. In den Orten, in denen die Unternehmer im Schneidergewerbe dem Unternehmerverbande nicht angehören, werden jetzt vielfach Lohnbewegungen geführt. In Uelzen, Salzwedel, Verden bei Hannover und in Greifswald sind durch örtliche Verhandlungen bereits Einigungen erzielt. In Wismar ist von den Gehilfen die Kündigung eingereicht worden. Es kommt hier, wenn innerhalb der 14tägigen Kündigungszeit nicht eine Einigung erzielt wird, zum Ausstand. In Kaiserslautern und in Hamborn ist es bereits zum Ausstand gekommen. In Hamborn nehmen außer dem Schneiderverband auch der christliche Verband und die polnische Berufsvereinigung an der Bewegung teil.

Lohnbewegungen in der Steinindustrie. In der Steinindustrie herscht zurzeit eine lebhafte Tarifbewegung. Für etwa 300 Pflastersteinmacher konnte in Ströbel in Schlesien zum ersten Mal ein umfangreicher Tarif zum Abschluß gebracht werden. Die Firma Steinbrich & Oelsner hatte bis dato mit dem Steinarbeiterverband jede Verhandlung abgelehnt. Der vor einigen Jahren geführte Streik hat nun die Herren Chefs eines anderen belehrt. Für 125 Granitsteinmetze und Brecher kam in Floß (Obepfalz) ein sehr detaillierter Tarif zum Abschluß. Die erreichte Lohnerhöhung beträgt 8 %. Und was die Hauptsache ist, es konnte durchgesetzt werden, daß nun die Schmiedekosten für das Werkzeugschärfen die Unternehmer selbst zu tragen haben. Die Christlichen haben in dieser rein katholischen Gegend nicht ein einziges Mitglied. Nach eingehender Verhandlung konnte in Grosrosen (Bez. Striegau) für die Pflastersteinmacher ein Tarifvertrag durchgesetzt werden. In der schlesischen Granitindustrie erbeiten nun die meisten Arbeiter unter tariflich geregelten Arbeitsverhältnissen. — Die Sandsteinmetzen in Osterholz (Hannover) konnten den Stundenlohn um 6 Pfg. beim neuen Tarifabschluß erhöhen. Die Arbeitszeit wurde von 9 auf 8½ Stunden täglich verkürzt. — Die Hartsteinarbeiter haben nach folgenden Orten Zuzug fernzuhalten: Dresden, Regensburg, Jena. Breitenborn, Heppenheim und Köditz. — Der Steinarbeiterverband läßt zurzeit in den Hartsteingebieten Protestversammlungen veranstalten, weil sich verschiedene Unternehmerverbände gegen die erst jetzt eingeführte Verpflichtung, die Meßgeräte eichen zu lassen, in scharfer Form wenden. Bisher wurden eigentümlicherweise die Meßgeräte in den Steinbrüchen nicht geeicht, dadurch war es möglich, daß die Pflastersteinmacher, insbesondere aber die Schotterschläger sehr übervorteilt werden konnten.

Der Verleumdungsfeldzug der Scharfmacherpresse gegen die Gewerkschaftsbewegung. Die Versuche, die gewerkschaftlichen Organisationen durch verleumderische Behauptungen in Mißkredit zu bringen, haben sich in der Scharfmacherpresse in letzter Zeit derart gehäuft, daß es nicht mehr angängig ist, auf die einzelnen Artikel und Notizen einzugehen. Das dürfte diese Presse veranlassen, nach der bisherigen Praxis zu verfahren und nicht im einzelnen widerlegte Behauptungen einfach als der Wahrheit entsprechend hinzustellen. In Nr. 99 der „Kreuzzeitung" vom 28. Februar d. J. wird aber eine verleumderische Behauptung aufgestellt, die nicht unbeachtet bleiben darf. Es liegt im Allgemeininteresse, daß an Gerichtsstelle festgestellt wird, ob das Behauptete der Wahrheit entspricht, oder zu dem Zwecke veröffentlicht worden ist, die öffentliche Meinung irre zu führen. In der erwähnten Notiz der „Kreuzzeitung" wird über „Ausnutzung der paritätischen Arbeitsnachweise durch die Sozialdemokratie" und über „Sabotage" geschrieben und am Schluß gesagt:

„Die Sabotage dagegen wird, wie es in der Natur der Sache liegt, heimlich betrieben. Sie besteht ja darin, daß Arbeiter unter Einhaltung der Arbeitszeit ihre Tätigkeit so verrichten, daß sie das ihnen übertragene Werk schädigen, statt es zu fördern. Wie schon der Name lehrt, ist diese Art gewerkschaftlicher Praxis vom Auslande zu uns importiert worden. Wird die Sabotage bei uns darum bis jetzt auch noch mit Zurückhaltung ausgeübt, so ist doch nicht zu bestreiten, daß sie den Kampfmitteln der „freien" Gewerkschaften eingereiht ist. Die rote Presse leugnet diese Tatsache. Es dürfte ihr aber nicht unbekannt sein, daß unter den Vertrauensmännern der roten Gewerkschaftsbewegung ein Leitfaden zur Ausübung der Sabotage verbreitet worden ist. Darin ist beispielsweise ausgeführt, wie Fliesenleger zu arbeiten haben, damit die Fliesen sich nach kurzer Zeit werfen; wie bei der Legung von Gas- und Wasserrohrleitungen zu verfahren ist, um möglichst viel unbrauchbare Rohrabfälle zu erzielen, und so gibt es für ziemlich alle Berufe ähnliche Anweisungen. Nach den jetzigen sozialdemokratischen Behauptungen müßte dieser geheime Leitfaden ein Märchenbüchlein sein. Aber er wird doch vollkommen ernst genommen. Vielleicht erfahren wir gelegentlich von der Sozialdemokratie, was mit der Verbreitung dieser Schrift beabsichtigt ist."

Unter „freie Gewerkschaften" versteht man in Deutschland allgemein die der unten genannten Kommission angeschlossenen Zentralverbände, die gegenwärtig 2¾ Millionen Mitglieder haben. Nach der in der „Kreuzzeitung" und ähnlichen Blättern beliebten Redewendungen wird auch auf diese Verbände die Bezeichnung „rote Gewerkschaftsbewegung" angewandt. Ich habe demgegenüber zu erklären, daß seitens dieser Verbände weder Sabotage geübt noch propagiert ist und daß unter den Vertrauensleuten dieser Gewerkschaften ein „Leitfaden zur Ausübung der Sabotage" nicht verbreitet worden ich. Sind die vorgenannten Zentralverbände in der Notiz der „Kreuzzeitung" gemeint, so erkläre ich, daß es sich bei dieser Behauptung um eine gemeine Verleumdung handelt, deren sich der Verfasser der Notiz und der Redakteur, unter dessen Verantwortlichkeit sie veröffentlicht worden ist, schuldig machen. C. Legien, Vorsitzender der Generalkommission der Gewerschaften Deutschlands.

Die Aussperrung der Apfelweinkeltereiarbeiter in Frankfurt a. M. ist nach elftägiger Dauer bei drei Firmen für die Arbeiter mit Erfolg beendet worden. Ein neuer Tarifvertrag wurde abgeschlossen mit weit größeren Zugeständnissen, als die Unternehmer in ihrem Ultimatum vor der Aussperrung bekanntgaben. Die Arbeitszeit beträgt 9½ Stunden, der Anfangslohn für Fahrburschen und Küfer 28,50 Mark wöchentlich, für Hilfsarbeiter 25 Mark. Der Lohn steigt außer der sofortigen Erhöhung um 1 Mark und 1,50 Mark um 50 Pfg. pro Jahr und Woche für die Dauer des Vertrages. Auch Erholungsurlaub wurde erreicht. Sämtliche Ausgesperrte nahmen die Arbeit wieder auf. Nur die Firma J. Gg. Rackles kann sich zur Einigung noch nicht verstehen. Dort dauert der Kampf fort.

Aus der Jugendbewegung.

Jungdeutschland und freie Arbeiter-Jugend. Eine gewaltige Demonstration der proletarischen Jugend gegen den Jungdeutschlandbund fand Sonntag vormittag in Stuttgart statt. Generalfeldmarschall v. d. Goltz war vom Jungdeutschlandbund zur Abnahme der Parade nach Stuttgart eingeladen worden. Darauf veranstaltete der Stuttgarter Jugendausschuß eine Massenversammlung der Arbeiterjugend im Stuttgarter Zirkusgebäude. Als Redner war Reichstagsabgeordneter Dr. Karl Liebknecht erschienen. Die Anziehungskraft dieser Demonstrationsversammlung war eine ungeheure. Aus der weiten Umgebung von Stuttgart kamen junge und alte Proletarier zu Tausenden herangeströmt Der Zirkus, der 4000 Personen faßt, mußte lange vor der festgesetzten Zeit wegen Ueberfüllung polizeilich gesperrt werden. In zwei großen Sälen wurden Parallelversammlungen veranstaltet, die gleichfalls überfüllt waren. In einem dieser Lokale forderte die Polizei zum Ruhm des liberalen Vereinsgesetzes die Entfernung der nicht 18 Jahre alten Teilnehmer. Eine Störung wurde damit nicht erzielt; die Versammlungen verliefen sämtlich ruhig und imposant. Unter jubelnder Begeisterung kennzeichneten die Redner den vom Jungdeutschlandbund kultivierten Mordpatriotismus und Byzantinismus und feuerten die Jugend zu selbständiger Denkart im Sinne der proletarischen Solidarität, der Völkerverbrüderung und der Demokratie an. Als sich um die Mittagsstunde die Versammlungslokale leerten, belebten sich die Straßen mit zwanglosen Zügen vieler Tausende junger Arbeiter, die den Veranstaltern der Jungdeutschlandparade zum Bewußtsein brachten, daß dem von ihnen betriebenen Mißbrauch der Volksjugend durch die Massen des Volkes selbst Schranken gezogen werden.

Soziales.

Im Januar war der Viehauftrieb um 164 000 Stück geringer! Für die 40 bedeutendsten deutschen Schlachtviehmärkte werden seit einer Reihe von Jahren amtlich die Schwankungen im Viehauftrieb notiert, die Ziffern erscheinen in monatlichen Übersichten, die vom kaiserlichen statistischen Amte durchgearbeitet sind. Die bedeutendsten Schlachtviehmärkte des deutschen Reiches sind ausnahmslos in Großstädten, deswegen kann aus der Entwickelung der Auftriebsziffern besonders deutlich erkannt werden, wie groß die Fleischversorgung der großstädtischen, der Industriebevölkerung, jeweils ist. Jetzt ist es besonders notwendig, jede Zahl, die die wirkliche Fleischnot erläutert, ans Licht der breitesten Öffentlichkeit zu bringen, wehrt sich die Regierung wie Junkertum dagegen, auch für die Zukunft Möglichkeiten einer billigen Fleischversorgungsquelle für die Industriebevölkerung zu schaffen. In den 40 bedeutendsten deutschen Orten mit Schlachtviehmärkten betrug die Stückzahl des Viehantriebes im Januar 1913 und im Januar 1912:

	Rinder	Kälber	Schafe	Schweine
Januar 1913 . . .	107 255	96 464	81 914	474 638
Januar 1912 . . .	112 196	107 365	85 443	619 128
Januar 1913 weniger . .	4 941	10 901	3 529	144 490
in Prozenten .	4,4	10,1	4,1	23,3

Eigentümlicherweise sind aber die Zufuhren zu den 40 bedeutendsten Schlachthöfen noch ungünstiger als die zu den Märkten! Viel Vieh ist wieder mit zurückgenommen worden, in erster Linie wohl, weil der Konsum nicht die Preise bewilligen will und kann, die von den Viehaufzüchtern verlangt werden! Es ist wirklich die geeigneteste Zeit, um das Jahr 1813 zu feiern, auch 1813 war ein Befreiungskrieg des Volkes! Vor hundert Jahren verstanden es die Junker, sich die Früchte der Arbeit eines ganzen Volkes einzustecken! Das Jahr der preußischen Landtagswahl ist einer Volksfeier günstig!

Aus dem Gerichtssaal.

Ein Nachspiel zum polnischen Boykott. Vor der Posener Strafkammer hatte sich die polnische Agitatorin, Frau Ewald, zu verantworten, die in einer großen Frauenversammlung in Urbanowo bei Posen, in der zum Boykott aller deutschen Kaufleute, Handwerker und Gewerbetreibenden aufgefordert wurde, als Rednerin aufgetreten war. Die Angeklagte wurde wegen Vergehens gegen § 111 des Strafgesetzbuches zu 90 Mark Geldstrafe oder 30 Tagen Gefängnis verurteilt. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt.

Ein Pfarrer als Betrüger. Der Mülhauser Abbe Louis Rath, Inhaber einer Druckerei, mußte sich am Freitag vor der Mülhauser Strafkammer wegen Betrügereien und Urkundenfälschung verantworten. Der geistliche Herr, über den man in Mülhausen so oft Verdächtiges munkelte, hatte namentlich ärmere Leute um ihr Geld betrogen! Der Staatsanwalt hatte gegen den betrügerischen Pfaffen 3½ Jahre Zuchthaus beantragt. Das Gericht erkannte auf 3½ Jahre Gefängnis! Vielleicht gelingt es einigen klerikalen Zeitungen, den geistlichen Schwindler in einen Sozialdemokraten umzudeichseln. Ausgeschlossen wäre das bei den Schwarzen nicht!

Genossenschaftsbewegung.

Das Wachstum der Konsumgenossenschaftsbewegung wird gekennzeichnet durch die neuesten Angaben über die Entwicklung in einzelnen Bezirken. Im „Konsumgenossenschaftlichen Volksblatt" vergleicht Herr Verbandsdirektor Barth die Verhältnisse in Bayern von 1902 und 1912: Die Zahl der Verbandsvereine betrug mit Schluß des Jahres 1902 25 Vereine; nun sind es 96, also eine Mehrung um 71 Vereine oder 2,84 mal soviel. Von diesen 25 Vereinen haben nur 22 über ihre Resultate berichtet. Die Mitgliedrzahl dieser Vereine betrug 13 010, und jetzt beträgt sie bei den 96 Vereinen 106 994 oder 93 984 mehr, das ist 7,22 mal soviel! Verkaufsstellen waren es 41, jetzt sind es 278. Damals entfielen 317 Mitglieder auf eine Verkaufsstelle, jetzt 392! Die Beteiligung am konsumgenossenschaftlichen Großeinkaufe betrug nur 216 200 Mk., jetzt 9 889 043 Mk., das ist um 9 672 843 Mk. mehr oder 44,7 mal soviel! Die Eigenproduktion (Brotbäckerei) betrug nur 80 321 Mk., jetzt 4 099 937 Mk., das ist um 4 019 616 Mk. mehr oder 50 mal soviel! Der Verkaufspreis im eigenen Geschäfte betrug 2 045 795 Mk., jetzt 25 676 847 Mk., das ist um 23 631 052 Mk. mehr oder 11,5 mal soviel! Das Lieferantengeschäft ereichte 1 168 785 Mk., jetzt 4 171 698 Mk., das ist um 3 002 913 Mk. mehr oder nur 2,57 mal soviel. In diesem Geschäftszweige hatten manche Vereine früher größeren Umsatz als im eigenen Geschäfte. Der Reinüberschuß betrug 274 419 Mk. und jetzt 1 840 190 Mk., das ist 1 565 771 Mk. mehr oder 5,7 mal soviel. Noch gewaltiger ist der Aufschwung in Nordwestdeutschland, wo allerdings die Vorbedingungen noch günstiger sind. Herr Verbandssekretär Vieth veröffentlicht darüber im „Konsumgenossenschaftlichen Volksblatt" folgendes: 81 Millionen Mark Umsatz im eigenen Geschäft — das ist das hocherfreuliche Ergebnis der Vereine des nordwestdeutschen Verbandes für das Geschäftsjahr 1912. Die Umsatzsteigerung gegen das Vorjahr beträgt 17 Millionen Mark, gleich 26,6 %. Zur Statistik haben 169 Konsumvereine und 6 Produktivgenossenschaften berichtet. Die 169 Konsumvereine zählten 264 305 Mitglieder, das ist gegen das Vorjahr eine Zunahme von 30 996. Sie unterhielten in 385 selbständigen Orten 801 Verkaufsstellen. Der Durchschnittsumsatz per Verkaufsstelle betrug 94 880 Mk. Der Wert der in der Eigenproduktion hergestellten Waren belief sich auf 22 Millionen Mark. Im Jahre des Beitritts zum Zentralverbande deutscher Konsumvereine, 1903, zählte der Verband 120 Vereine mit 18 Millionen Mark Umsatz und heute 175 Vereine mit 81 Millionen Mark Umsatz. Das ist eine geradezu glänzende Entwickelung. Und dieses glänzende Resultat ist erzielt trotz steuerlicher Bedrückung der Konsumvereine, trotz gewaltsamer Abtreibung von Mitgliedern, die sich in wirtschaftlicher Abhängigkeit befanden, wie staatliche und kommunale Beamte und Arbeiter, und trotz einer geradezu niederträchtigen Bekämpfung und unablässigen Beschimpfung durch eine genossenschaftsfeindliche Presse und reaktionäre politische Agitatoren. Die genossenschaftliche Bewegung hat im Volke tiefe Wurzeln geschlagen; ihr gehört die Zukunft!

Aus Nah und Fern.

Machen katholische Gewerkschaftshäuser pleite? Ein Hauptbraten, der den gläubigen Lesern der kleinen und mittleren Zentrumspresse und den Gläubigen der Lokalanzeiger sechster Güte in Reichsverbandssauce immer wieder serviert wird, ist die Geschichte von den bankrott machenden sozialdemokratischen Volkshäusern. In unserer Presse ist schon oft darauf verwiesen worden, daß es lächerlich dumm sei, Harmlosigkeit in wirtschaftlichen Dingen als moralisches Manko einer politischen Partei auszuschlachten. Trotzdem ist es gerade beim letzten Fall, dem des Kölner Volkshauses, wieder in der Zentrumspresse hoch hergegangen. Heute finden wir zu unserm großen Erstaunen in einer sehr bekannten Zeitung unter dem Titel: „Bankbrüche und Verwandtes" das Folgende:

> Auch bei Erbauung von (katholischen! D. R.) Vereinshäusern hat man manchmal nicht vorsichtig genug gehandelt. Man hätte unbedingt in vielen Fällen die Bauleiter schriftlich und bindend verpflichten müssen, eine gewisse Bausumme unter keinen Umständen zu überschreiten. Dafür ist es zum Beispiel vorgekommen, daß man einem Bauunternehmer — es handelt sich hier um eine religiöse Anstalt — auf sein ehrliches Gesicht ein Blankovollmacht gewährte und auf den erfolgten Bankerott dann schmählich hineinfiel. Es ist übrigens sehr leicht, großartige Vereinshäuser zu bauen, wenn andere sie bezahlen sollen, wie es auch leicht für einen jüngeren Geistlichen ist, Kirchen folgerecht zu erbauen und prächtig auszustatten, wenn der Nachfolger sie bezahlen muß.

Mit diesem ehrlichen Bekenntnis der großen Schwäche übereifriger Gründungen von katholischen Vereinshäusern und sogar von Kirchen ist ausgesprochen, was wir schon oft gesagt haben: Kehrt mal erst vor eurer eigenen Tür! Wie notwendig das ist, zeigen einige weitere Sätze aus dem schon zitierten Artikel. Die lauten: „Orte und Namen zu nennen, wäre wirklich nicht schwer, es ist eine Tatsache, daß in manchen Fällen zu Leitern finanzieller Institute (vom Zentrum geförderter Raiffeisenvereine und ähnlicher Genossenschaften! D. R.) mit volkswirtschaftlichem Einschlag verkrachte Existenzen gewählt worden sind. Ein großer schöner Mund genügte . . . ." — Das ist viel Ehrlichkeit auf einmal! Und wie heißt dies bekannte Blatt, in dem ein katholischer Pfarrer solchen Artikel schreiben konnte? Es ist die „Kölnische Volkszeitung!" Wir werden in Zukunft uns sicher noch des öfteren auf diese Äußerung des führenden Zentrumsblattes berufen müssen, weil ihre „nachgeordneten" Organe stets mindestens ein Jahrzehnt von einem sogenannten sozialdemokratischen Volkshauszusammenbruch leben.

Das „Verbrechen" des „Kameraden". In Bartenstein starb dieser Tage ein Maurer, der 25 Jahre lang dem Kriegerverein angehört und über 500 Mark an Beiträgen bezahlt hat. Er sollte nun unter Beteiligung des Kriegervereins beerdigt werden. Die Bekanntmachung dazu war erlassen, doch am anderen Tage prangte im Lokalblättchen folgende Anzeige:

„Kriegerverein Bartenstein.

Die Beteiligung des Kriegervereins an den Leichenfolge des Maurers Sachs unterbleibt, weil er einer freien Gewerkschaft angehört hat.

Der Vorsitzende: Reschke."

Dem langjährigen Mitglied sollte also niemand folgen, weil er einer Gewerkschaft angehört hatte. Das galt dem Vorsitzenden als ein fluchwürdiges Verbrechen. Die Mitglieder haben sich aber nicht daran gekehrt. Es konnte ein großes Gefolge verzeichnet werden und nur die „Führer" der Kriegervereinssache haben gefehlt.

Zum Automobilunglück bei Hennigsdorf. Der Juwelier Rudolf Plunz aus Berlin lebte seit einiger Zeit von seiner Frau getrennt. Sonntag versöhnte und vereinigte er sich wieder mit ihr, und aus diesem freudigen Anlaß machte die Familie am Nachmittag mit dem Kraftwagen, den Plunz seit längerer Zeit besitzt, einen größeren Ausflug. Mit der Familie fuhr in seinem Wagen der Automobilhändler Janke aus der Brunnenstraße 103, der seinen 11 Jahre alten Sohn Paul mitnahm. Die Fahrt ging nach der Gegend des Wandlitzsees. Um 2½ Uhr verließen beide Wagen Berlin. Auf dem Rückwege saß neben Plunz, der seinen Wagen steuerte, seine siebzehn Jahre alte Tochter Anna. Hinter beiden saß Frau Plunz und neben ihr die 19 Jahre alte Tochter Else. Der Plunzsche Wagen fuhr voraus. Janke folgte in einem kurzen Abstande. Kurz nach neun Uhr erreichte man die Gemarkung Marwitz, etwa 4 Kilometer diesseits von Hennigsdorf. Die Chaussee ist auf eine lange Strecke auf beiden Seiten von Wald eingesäumt. Dann kommt auf der einen Seite unbewaldetes Moorland. An dieser Stelle hatten nun Buben ein zollstarkes Drahtseil quer über die Chaussee gespannt und auf beiden Seiten in ungefähr zwei Meter Höhe an den Chausseebäumen befestigt. Das Seil war in der Dunkelheit auf größere Entfernung nicht zu sehen. Plunz scheint es auch im Licht der Wagenlaternen nicht gesehen zu haben, während die neben ihm sitzende Tochter es im letzten Augenblick wahrnahm. Fräulein Plunz konnte nicht mehr warnen, bückte sich aber schnell, um, mit

der Einrichtung des Automobils vertraut, die Zündung abzustellen. Hierdurch entging sie dem sicheren Tode. Ehe der Wagen zum Stehen kam, rannte er in voller Fahrt gegen das Drahtseil. Dieses schlug, infolge seiner Schwere in der Mitte herabhängend, gegen den Knopf des Kühlers. Der Knopf brach glatt ab. Das jetzt gestraffte Seil traf Plunz am Kopf, zerfetzte ihm das ganze Gesicht und warf ihn mit solcher Gewalt auf seinen Sitz zurück, daß er sich das Rückgrat brach. Dann sprang es auf Frau Plunz und ihre Tochter Else über. Der Frau zerschmetterte es den ganzen Unterkiefer, die Tochter verletzte es weniger schwer am Halse. Beide flogen aus dem Wagen heraus. Frau Plunz fiel so unglücklich, daß sie sich eine schwere Gehirnerschütterung zuzog und, aus Mund und Nase blutend, besinnungslos liegen blieb. Ihre Tochter kam mit weniger schweren Verletzungen davon. Die gerettete jüngere Tochter, die ganz unversehrt blieb, hatte, nachdem der Wagen durch das Abstellen der Zündung zum Stehen gekommen war, trotz der furchtbaren Lage die Geistesgegenwart, den nachfolgenden Janke durch laute Zurufe zu warnen, so daß er sein Gefährt noch vor dem Seil zum Stehen bringen konnte. Janke holte mit seinem Wagen aus Hennigsdorf gleich Hilfe und benachrichtigte den Gemeindevorsteher Meidner, der dann das zuständige Amt Velten von dem Anschlag in Kenntnis setzte. Der Arzt Dr. Steuloff, der mit der Samariterkolonne erschien, konnte bei Plunz nur noch den Tod feststellen. Die Frau gab noch schwache Lebenszeichen von sich, verschied aber auch nach kurzer Zeit. Die Leichen wurden nach der Friedhofshalle in Hennigsdorf gebracht.

Wieder ein Anschlag auf Automobile. Abermals ist bei Berlin ein verbrecherischer Anschlag gegen Automobile verübt worden. Gestern nachmittag gegen 3 Uhr wurde auf derselben Chaussee, auf der Sonntag abend das Attentat verübt worden war, zwischen dem Bahnhof Schulzendorf und Heiligensee ein ganz gleichartiges Verbrechen verübt. Von einem unbekannten Täter wurde ein Drahtseil von einem Baum zum andern gespannt. Selbst wenn es sich hier um einen dummen Streich handelt, so wird dennoch der Täter, falls er von der Polizei aufgegriffen wird, eine empfindliche Strafe erhalten.

Furchtbares Unglück. Auf der Zeche Consolidation bei Gelsenkirchen wurden drei Bergleute von einer Transmission erfaßt. Ihre Leichen waren furchtbar verstümmelt.

Bluttat. In St. Florent bei Bastia auf Korsika hat der Bauer Kasale während eines Wortwechsels seinen Bruder und seinen Großvater erschossen und den Bräutigam seiner Schwester verwundet: er stellte sich hierauf selbst dem Gendarm.

Familiendrama. Der Schneider Manger hat in seiner in der Tittestraße in Chemnitz gelegenen Wohnung seinen 11jährigen Sohn und seine 5jährige Tochter durch Beilhiebe ermordet und sich am Fensterkreuz erhängt. Manger lebte, wie die „Allgemeine Zeitung" meldet, seit längerer Zeit von seiner Ehefrau getrennt. Er dürfte die Tat bereits am Sonnabend ausgeführt haben, da man den Mörder und die beiden ermordeten Kinder seit dieser Zeit nicht mehr gesehen hat.

Schweres Bauunglück. Auf dem Fabrikgelände der Hahnschen Werke in Großenbaum bei Duisburg wird zurzeit eine neue Maschinenhalle errichtet, deren Eisenkonstruktion von der Firma Tillmann in Düsseldorf ausgeführt wird. Am Dienstag mittag stürzte nun der ganze obere Teil des Eisengerüstes zusammen und begrub die auf dem Gerüste tätigen Monteure und Arbeiter. **Fünf Tote** und acht Schwerverletzte sind im Laufe des Nachmittags geborgen. Mehrere Arbeiter lagen gegen Abend noch unter den Trümmern.

Bei einer großen Feuersbrunst im östlichen London ist ein Kind verbrannt. Sieben Personen wurden verletzt, darunter zwei schwer. Mehrere Personen sprangen aus den Fenstern auf die Straße und retteten dadurch ihr Leben.

Zwei Knaben überfahren. In Leipzig-Sellerhausen wurden zwei Knaben im Alter von 3 und 4 Jahren, die auf dem Eisenbahndamm spielten, von einem Zuge überfahren und auf der Stelle getötet.

Drei Frauenleichen gelandet. Gestern vormittag wurden in der Havel und im Spandauer Südhafen drei Frauenleichen gelandet. Man nimmt an, daß die Frauen einer Familientragödie zum Opfer gefallen sind.

Explosion. Ein Motorwagen der Pariser Straßenbahn explodierte im Schuppen der Gesellschaft. Ein Maschinist wurde getötet, ein zweiter schwer verbrüht.

Familientragödie. Die Inhaberin des Zigarrengeschäftes von Kersten in der Tunnelstraße in Nürnberg hat sich und ihre vier Kinder durch Leuchtgas vergiftet. Alle Wiederbelebungsversuche waren erfolglos.

Entführte Kinder. In Neuötting hat der Maurer Franz Neuberger einen 3½jährigen Knaben und ein 11jähriges Mädchen entführt und ist mit seiner Frau über Triest nach Brasilien abgereist, nachdem das Ehepaar zuvor alles zu Geld gemacht und in der Stadt noch zahlreiche Betrügereien verübt hat.

Theater und Musik.

Neues Stadttheater. Margarethe, Oper in fünf Akten von Gounod. Wenn man sich mit der bedauerlichen Tatsache abgefunden hat, daß der Text dieser „Margarethe" eine entsetzliche Verunstaltung von Goethes Meisterwerk „Faust" darstellt, dann muß man anerkennen, daß die Oper als solche sehr hübsche Melodien enthält und musikalisch, auch besonders was die Behandlung des Orchesters anlangt, viel Wertvolles in sich schließt. Am Dienstag kam „Margarethe" in dieser Spielzeit erstmalig an unserer Bühne heraus. Anscheinend ist die Einstudierung etwas flüchtig vor sich gegangen, denn es herrschte mehrfach auf der Bühne eine bedenkliche Unsicherheit und der dirigierende Kapellmeister, Herr Dr. Hartzem, hatte keine leichte Aufgabe, alles zusammen zu halten. Herr Beyer führte die Regie. Er hatte es sich nicht nehmen lassen, einige Neuerungen gegen früher einzuführen; daß sie alle besonders glücklich waren, kann kaum behauptet werden. Daß Margarethe, als sie zur Kirche ging, Haus und Garten offen stehen ließ, mag darin seinen Grund haben, daß zu ihrer Zeit vielleicht die Zunft der Langfinger nur wenig Mitglieder zählte. Aber daß Mephisto sichtbar in der Kirche vom Taufstein aus seine Predigt an Gretchen hält, erscheint doch einigermaßen befremdend. Schließlich hatte man das musikalisch reizvolle Bachanale, die Walpurgisszene, ganz gestrichen. Das wird wohl an kleinen Bühnen gemacht, wo die Ausführung einige Schwierigkeiten bereitet, aber in Lübeck hat man diesen Strich bisher unterlassen und man hat gut daran getan. Hoffentlich ist diese Neuerung nur eine Eintagsfliege. Von den Sängern bot Herr Fabian die beste Leistung. Sein Mephisto war scharf charakterisiert, ein vermenschlichter Teufel: ohne zu große Betonung des Pferdefußes, aber doch dämonisch. Dazu kam, daß die Partie stimmlich dem Künstler, der auch eine gute Maske gewählt hatte, besonders liegt. Der junge Faust des Herrn Schöffel war, weil es nun einmal bei den Opern-Tenor-Helden üblich geworden ist, — doch sag ich nicht, daß das ein Vorzug sei — bartlos. Auch sonst hatte er noch manches Unreife an sich, sowohl im Gesang als auch in der Darstellung. Frau Schmidt war ein musikalisch sicheres Gretchen; die dramatische Seite ihrer Aufgabe wurde von der Künstlerin wirksam gelöst, doch haftete der Leistung eine gewisse Müdigkeit an. Die Damen Jansen (Siebel) und Neendorff (Martha) sowie Herr Barth (Valentin) führte ihre Rollen mit gutem Gelingen durch. Zum Schluß gab es wieder viele Blumen, die vermutlich gegenwärtig sehr billig sind.

P. L.

Literarisches.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratie Preußens. Abgehalten in Berlin am 6.—8. Januar 1913. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer G. m. b. H. Berlin. Preis 1,25 Mk. Aus dem Inhalt: Bericht des Geschäftsführenden Ausschusses. — Bericht der Landtagsfraktion. — Die Landarbeiterfrage in Preußen. — Die bevorstehenden Landtagswahlen und der Wahlrechtskampf in Preußen. — Leitsätze für die Landtagswahlen. — Statut der Landesorganisation für Preußen. Das Protokoll, daß für jeden Interessenten weit über die Grenzen Preußens hinaus zur Beurteilung der preußischen Zustände von Wichtigkeit ist, kann durch alle Buchhandlungen bezogen werden.

Die **Neue Musik-Zeitung**, die dem Volkslied stets besondere Aufmerksamkeit geschenkt hat, beginnt in Heft 10 des 34. Jahrganges eine Originalarbeit mit zahlreichen Notenbeispielen und Gedichten über das „Volkslied in Niedersachsen". Der Verfasser ist Wilhelm de Witt. Die Aussprache über den neuen Verband der konzertierenden Künstler in Deutschland wird beendet und Eccarius-Sieber berichtet über Zweck und Ziele des Verbandes. Von Bildern bringt das Heft 10 u. a. das für Eilenburg bestimmte Denkmal von Franz Abt, in der Musikbeilage ein Ave Maria von Hugo Rückbeil für Violine und Klavier (nach Böcklins Eremit). Aus Heft 9 ist der Schluß der ausgezeichneten persönlichen Erinnerungen an Anton Bruckner von August Stradal besonders hervorzuheben. Eine Kunstbeilage, Hans v. Bülow, ist dem Hefte beigegeben. Berichte und Besprechungen ergänzen die Aufsätze. Probeheft versendet kostenlos der Verlag von Carl Grüninger in Stuttgart.

Das Auge und seine Erkrankungen. Von Dr. Seeligsohn. (Heft 33 der Arb.-Ges.-Bibliothek). Verlag Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer G. m. b. H., Berlin SW. 68. Der erfahrene Augenarzt behandelt in klarer, gemeinverständlicher Sprache den wertvollsten Sinn des Menschen, seine Lage und seinen Bau, das Sehen beim normalen, kurzsichtigen und weitsichtigen Auge, die Augenentzündung der Neugeborenen, die heute noch mehr als 10 Prozent aller Erblindungen verursacht, die skrophulöse Augenentzündung, welche so verbreitet unter den Arbeiterkindern ist, so viele von ihnen im Sehen, in der Berufswahl beschränkt, die Berufskrankheiten des Auges: Verletzungen, Bindehauttatarrh und innere Augenerkrankungen. Am Schluß bilden kürzere Abschnitte über das Trachom (die Körnerkrankheit oder ägyptische Augenentzündung), über Geschlechtskrankheiten und Allgemeinerkrankungen in ihren Beziehungen zum Auge, über den Star, über Altersveränderungen am Auge und über Störungen des Sehens durch Tabak und Alkohol. Ein Durchschnitt durch das Auge erleichtert das Verständnis des Textes und dürfte mit zur Ausbreitung des Heftes in unseren Arbeiterkreisen beitragen. Der Preis ist wie bei allen bisher erschienenen Heften der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek 20 Pfg. In besserer Ausgabe 50 Pfg. Vorrätig halten es alle Parteibuchhandlungen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Drucksachen jeder Art für **Beamte, Handwerker und Gewerbetreibende** werden sauber und pünktlich ausgeführt in der **Buchdruckerei des „Lübecker Volksbote"**

:: Komitee- und Kommissionssitzungen ::

Jugend-Ausschuss.
Sonnabend, den 8. März
abends ½8 Uhr
Sitzung
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 32—52

Für die empfangenen Aufmerksamkeiten und vielen Kranzspenden zu unserer Mutter Schwiegermutter Großmutter sagen herzlichen Dank
Otto Bein und Frau,
geb. Tödt.
1649

Nach langem Leiden verschied plötzlich mein lieber guter Mann, Vater, Schwiegervater und Großvater im 58. Lebensjahre
Heinrich Kalkhorst.
Dies bezeugt von mir und meinen Kindern nebst Angehörigen
Frau Dorathea Kalkhorst,
geb. Kelling.
Schlutup, den 5. März 1913.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, dem 8. März, nachmittags 1 Uhr, vom Hause Schlutupstraße 11 aus statt. (1644

Gesucht ein **Junge**, der Ostern die Schule verläßt, nach dem Lande, für leichte Beschäftigung. (1643
Näheres Kronsforderstraße 61, pt.

Möbliertes Zimmer
zu vermieten. Wöchentlich 2,50 Mk.
1648) Schwartauer Allee 32, I.

Gesucht zum 1. April eine **Zweier oder Drei-Zimmer-Wohnung** vor dem Holstentor. Angebote mit Preis unt. **M A** an die Exp. d. Bl. (1633

Gesucht eine **Zwei-Zimmer-Wohnung** nach vorne, Nähe der Stadt, von jungem Paare mit einem Kind. Angeb. unt. **W B** a. d. Exp. d. Bl.

Zufall. Der neueste moderne **Harmonika-Harmonika** zum **20 M.** zu verk. Sager Schmiede 38, part. (712

Zur Konfirmation
empfehlen
Gesangbücher und Blättmunschkarten
in großer Auswahl.
Unsere Kolporteure führen letztere mit und können von denselben auch bezogen werden.
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

1 Seekiste u. 1 Wassertonne
zu verkaufen.
1653) Beckergrube 93, I.

2 gute Jackett-Anzüge
zu verkaufen.
1634) Schwartauer Allee 17a.

Dam.-Fahrrad, Wringmaschine, Persianerkecher billig zu verkauf.
1643) Augustenstraße 26, I.

150 Pfd. gr. Bohnen (Wundjer) auch pfundweise, u. **20 Grammophonplatten**, so gut wie neu, billig zu verk. (1641) **H. Lange, Mott.**

Ein **H. Sofa mit Sofatisch** billig zu verk. (1649) Langer Lohberg 53.

1 Klappwagen u. 1 Sportkarre
billig zu verkaufen.
1634) Engelsgrube 23, II.

Sehr gute große Bohnen
zu verkaufen. Pfund 15 Pfg.
1636) Chaisestraße 15, part.

Eine Drehmangel
zu verkaufen.
1637) Näheres Reiferstraße 48a.

Ein **Gesellen-Koffer** zu verkaufen.
1631) Glorinstraße 8a.

Ein rehbraunfarbiger **Italiener-Zuchthahn** zu verkaufen. (1635
Brüderstraße 16 L.

Rechnungs-Formulare
werden hergestellt in der
Buchdruckerei des „Lübecker Volksboten"
Johannisstraße 46.

Entlaufen
1 junger blauer Dobermann
Abzugeben gegen Belohnung.
1654) Große Burgstraße 21.

50 schicke Damen-Masken-Kost. billig zu vermieten. (1619
Breite Straße 24, part. Flügel.

Akademischen Unterricht in der Damenschneiderei,
Maßnehmen, Musterzeichnen und Zuschneiden sämtlicher Damen- u. Kindergarderoben erteilt (1650
Frau L. Baisch,
Damenschneidermstr., Schönkampstraße 8. Lehrzeit nach Belieben.

Visitkarten
— ff. Elfenbeinkarton —
100 Stück von Mk. 1.— an
liefert
Die Buchdruckerei des Lübecker Volksboten:

Carl Folkers
Möbelmagazin
25 Marlesgrube 25.
Vollst. Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
1) Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.
Zimmereinricht. stets vorrätig.
Lieferung frei Haus
auf eigenem Möbelwagen.
: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Gebe rote Lubeca-Rabattmarken.

Von den beliebten
Gesellschafts- und Unterhaltungsspielen
sind wieder neue Sachen eingetroffen; ebenso
Baukasten, Plastilinakasten
zum Formen von Figuren u. a. m.
Allen Lesern des „Lübecker Volksboten" sehr zu empfehlen.
Buchhandlung von Fr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

gelegenheit sowie des Arbeitsverdienstes und durch die Rücksicht auf ihre Abwesenheit vom Hauswesen. Und auch für die noch nicht erwerbstätige Frau der arbeitenden Klasse ersteht die Notwendigkeit der Beschränkung des Nachwuchses auf eine bestimmte Zahl, wenn sie sich auch dem Zwange der Erwerbstätigkeit entziehen und ihre Kräfte dem Hauswesen erhalten will", folgert mit Recht ein bürgerlicher Autor. Unter der Brutgebärerei leiden Mutter und Kind. In den Altersklassen von 25 bis 35 Jahren ist infolgedessen die Sterblichkeit unter den Frauen größer, als bei den Männern, während für die anderen Altersklassen das Umgekehrte gilt. Neben der Trennung der Mutter vom Säugling infolge der Berufsarbeit der Mutter ist auch die häufigere Schwangerschaft geradezu eine Ursache der Säuglingssterblichkeit. Nach den Feststellungen von Geißler in sächsischen Bergbaugebieten starben (im ersten Lebensjahre) in Familien mit mehr als zwei Geburten von den Erstgeborenen 23 Proz., von den Sprößlingen an fünfter Stelle 26 Proz., von den zwölften und späteren Kindern 60 Proz.! Mit zunehmender Geburtenzahl steigt auch die Sterblichkeit der Kinder. Jedes später geborene Kind hat viel weniger Aussicht zu leben, als seine älteren Geschwister. Zu dem gleichen Ergebnis gelangte Hamburger, der diese Verhältnisse bei 1042 Berliner Arbeiterfrauen und bei 119 wohlhabenden Frauen untersuchte. Es starben bei den Reichen, die nur halb so oft geboren wie die Arbeiterfrauen, 18 Proz., bei den Proletarierinnen aber 51 Prozent. Also nicht einmal die Hälfte aller geborenen Proletarierkinder blieb am Leben. Ist es da nicht vernünftiger, die Frauen beschränken von vornherein die Geburtenzahl, als daß sie unnütz ihre Gesundheit, ihr Leben, ihre ersten Kinder aufs Spiel setzen, um nachher doch die in Sorge und Not Empfangenen zu verlieren? Solange für Mutter und Kind nicht ausreichend gesorgt wird, ist es nur zu verständlich, daß die Mütter selbst Mutter- und Säuglingsschutz durch Einschränkung der Geburtenhäufigkeit treiben. Das entspricht dem individuellen Egoismus und auch sozialer Notwendigkeit. Unter den heutigen Verhältnissen kann die Sterblichkeit nur geringer werden, wenn die Fruchtbarkeit abnimmt.

Ein Ledigenheim für Arbeiterinnen

soll in Ansbach errichtet werden. Auffallenderweise haben dabei die Industriellen und zwar hauptsächlich die größten Scharfmacher die Hand im Spiele, so daß man sich leicht denken kann, welcher Zweck mit dieser Gründung, die die Stadt in die Hand nehmen wird, verfolgt wird. Man glaubt damit die ledigen Arbeiterinnen in ein größeres Abhängigkeitsverhältnis zum Unternehmertum zu bringen und sie von den „sozialdemokratischen Gewerkschaften" fernhalten zu können. Deshalb sind auch in der vorbereitenden Versammlung zwar die gewerblichen Korporationen, nicht aber die Vertreter der Arbeiterorganisationen zugezogen worden.

Kleines Feuilleton.

Die Verbannten in Sibirien.

Seitdem Rußland ein Parlament hat, geht es den „Politischen" in Sibirien nicht nur um kein Haar besser, sondern ihre Lebensbedingungen haben sich noch verschlechtert und die Satrapenwirtschaft der Gouverneure ist rigoroser als je. Früher galt Ustiſ-Syssolsk als äußerste Ansiedlung. Es ist etwa 400 Kilometer von der Eisenbahn entfernt, völlig weltentlegen; ringsum wohnen vereinzelte Sysjanen, die nichts zu beißen und zu brocken haben und ganz stumpfsinnig sind. Dem jetzigen Gebieter von Wologda, den Herrn Gouverneur Schramtschenko, der ein gewaltiger Scharfmacher vor dem Herrn ist, genügt dies Idyll nicht. Er schickt die beklagenswerten Leute noch 170 Kilometer weiter nach Norden nach Ustſ-Kulone. Dort besteht die „Gesellschaft" aus dem Landgendarmen und etlichen Aufsehern; es spricht niemand russisch, und der nächste, auch nicht gerade von der Kultur bedachte Ort liegt 200 Kilometer abseits. Aber wer die Gnade des Gewaltigen ganz verscherzt hat, der kommt noch ein paar hundert Werst weiter hinauf, nach einem gottverlassenen Nest, das irgendwo vor der Petschora liegt, auf seiner Generalstabskarte verzeichnet und das reine Grab ist. Der grausame Winter ist eine entsetzliche Leidenszeit — was erfriert, erfriert. Wer kümmert sich darum? Eine Nummer weniger; der Herr Gouverneur ist zufrieden damit. Dann kommt der Frühling; die Sehnsucht nach dem Walde erwacht, nach dem Rehrenfeld, nach der Blumenwiese, nach dieser kümmerlichen, rasch vergänglichen sibirischen Pracht, die für die Verbannten doch keine Pracht ist. Denn sie ist ihnen verschlossen. Der Geist des Gouverneurs ist auch in die Bewohner gefahren; sie halten strenge Zucht. Keiner der Politischen darf das elende Dörfchen verlassen; an der letzten Hütte muß er halt machen, und wehe ihm, wenn er sich hinreißen läßt, „aufs Gras" zu gehen. Sofort wird Jagd auf ihn gemacht; er wird zurückgeholt und dann drohen Knute, Gefängnis, Hunger, Verdoppelung der Strafzeit. Und trotz dieser schrecklichen Dinge gibt es Verbannte, die der Lockung der Natur nicht widerstehen können, die jedes Jahr „aufs Gras" gehen, denen das Fleisch vom Knochen geprügelt ist und die Hunderte von Jahren leben müßten, wollten sie ihre Strafzeit verbüßen. Ebenso gefährlich sind die „Versammlungen". Die Leute haben meist keine Kopeke im eigenen Besitz; es ist ihnen alles genommen und sie müssen mit dem kargen Geld auskommen, das ihnen der Staat zum Unterhalt gibt und das sie oft Monate lang nicht ausbezahlt erhalten. Beschwerden gibt es nicht: das ist Aufsässigkeit, ist Widersetzlichkeit. Wagen sie es nun, sich zusammenzutun, um sich dadurch ihr bißchen Essen zu verbilligen, so ist das ein Komplott, eine verbotene Versammlung. Am schlimmsten und gefährlichsten aber ist es mit der geistigen Nahrung dieser Unglücklichen bestellt. Jedes Buch ist schon an sich verdächtig: der Aufseher, der natürlich nicht lesen kann, konfisziert alles, und eine deutsche Grammatik wandert ebenso wie ein staatsgefährliches lateinisches Wörterbuch oder ein altes Kochbuch in die Gouvernementskanzlei. Und unter diesen Verbannten befinden sich Aerzte, Lehrer, Schriftsteller und Studenten neben einfachen Arbeitern. Sie sind aus der Welt ausgeschieden, denn auch einen schriftlichen Verkehr mit den Angehörigen in der Heimat gestattet die Behörde nicht. Und da sitzt die Duma in Petersburg und drischt Stroh — an das sibirische Elend wagt sie nicht heranzutreten.

Ein gutes Mittel bei Schnupfen.

Wer bliebe in den Frühlingszeiten, bei dem wiederholten Wechsel der Witterung, ganz verschont von dem quälenden Dämon „Schnupfen"? Dr. Schönenberger („Naturarzt" Oktober 1911) rät nun, daß man die Nase möglichst bald und wiederholt mit Unschlitt, Hammeltalg, Lanolin oder einem andern Fett kräftig einreibt. Sie wird dann sofort durchgängig für Luft und bleibt es während des Schlafes. Das Verfahren eignet sich auch für Säuglinge und kleine Kinder. Um dabei das Beschmutzen des Kopfkissens zu verhüten, legt man ein reines Tuch unter. Das ist natürlich nur ein erleichterndes Mittel. Heilung bringt nur eine Behandlung des ganzen Körpers durch Schwitzkuren, Luftbäder, eiweißarme, obstreiche Kost, frische Luft.

Heiteres.

Mit vereinten Kräften.

Scott und Amundsen (unter andern)
Sah man friedlich zum Südpol wandern,
Sie erreichten ihn alle beide,
Ohne Zank und frei von Neide.

Cook und Peary früher bereits
Fanden den Nordpol ihrerseits,
Zankten sich immerhin erst nachher,
Wer eigentlich dagewesen wär!

Filchner jedoch und die mit ihm waren
Sannen auf besondere Tat.
Und sie lagen sich in den Haaren
Schon beim siebzigsten Breitengrad. Franz.

Sektionsbefund. „Vorhin hab' i in meiner Wurscht was g'funden. I moan z'erscht, es is a Schwanzspitzerl von an Hund, nacha war's aber bloß da kloane Finger vom Metzger." (Aus Simplizissimus".)

Im Kasernenhof. Feldwebel: „Sie haben sich tapfer gehalten, Maier. Im Kriegfall gibt's eine Belohnung!" — Maier: „Und jetzt?" — Feldwebel: „Drei Tage Mittelarrest wegen Sprechen im Glied!"

Die teure Luft. Kurgast (zum Pensionsinhaber): „Jetzt verlangen Sie neun Mark für die Pension . . . Sie sprachen doch früher von sieben Mark?" — „Ja . . . ohne die Luft!" (Aus „Lustige Blätter".)

Günstige Einwirkung. A.: „Auf der Photographie hier haben Sie so ein recht zufriedenes, freundliches Gesicht!" — B.: „Ja, wissen Sie, bei dem Photographen wurde gerade ein Spanferkel gebraten, und das rieche ich so gern!"

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Unterhaltungsblatt
des Lübecker Volksboten.

Nr. 9. Mittwoch, den 5. März 1913.

Der Soldat in Bosnien.

Sein Regiment stand in Bosnien, an der Grenze. Er hatte geschrieben, daß immer etwas los sei. Namentlich die schwarzen Kribbel-Krabbelköpfe seien blutdürstig und versuchten zu gern, die Soldaten über der Grenze drüben mit dem Säbel zu kitzeln. Dann gähe es ein Durcheinander und eine Schweinerei, die Serben kribbelten sich noch heftiger im Gewirre und schrien Dinge, die ein gewöhnliches Soldatenohr niemals in sich aufnehmen könne.

So standen die Dinge. Das war der Inhalt von Poldis Briefen, die er gesondert, am Eingange, von der Lage der Welt bildhaft darstellte. Dann zog er einen dicken Strich, unter dem er die Zukunft ausmalte, wie er mit seinem Mädchen vereint im Schlächterladen stehe und statt Türken Ochsen und Hammel kitzele. Heidi, da splitterten die Knochen zur Decke empor. Er stand dabei und äugelte zufrieden und stolz zu seiner Lieben, der Metzgermeisterin hin und lächelte, weil sie so schön war und üppig wurde wie eine richtige Frau Charkutier. Dann faßte er seine Zärtlichkeit in viele säuberliche Nullen zusammen vor die er eine stattliche 1 setzte.

Käthe, das Dienstmädchen, hatte Mühe, die Zahlen zusammenzustellen. Es waren Zehntausend, noch eine Null, oft eine Million. Da kamen ihr die Tränen in die Augen, weil sie nicht ein Millionstel dieser Zärtlichkeit an sich verspüren durfte. Sie setzte sich auf ihren schmalen Stuhl und lehnte sich am Bett an. So träumte, sehnte sie sich lange, sie dachte nach und las zum hundertsten Male den Teil des Briefes unterm Strich. Endlich stellte sich ein warmes, gutes, süßes Gefühl für sie ein, sie hielt sich ganz stille und wagte nicht, die Hände auseinander zu lösen. Durch den Vorhang sah sie ein Stück des Himmels und etliche zierliche verzackte Baumspitzen. Darüber hinweg schob ein Wolkenknäuel hin, dick und schwarz. Langsam begann er, sich auseinander zu winden, ins Breite und Weite zu rollen. Käthe hing mit ihren Träumereien in ihnen, ihre Augen liefen den spielenden Linien der Sehnsüchte nach. Da hatte sich ein Kopf gebildet, Poldis Nase, Poldis Bärtchen, sein liebes, junges Gesicht hing in den Wolken. Er sah sie an, wie nur einer, der sein Mädchen drei Jahre nicht mehr gesehen hatte. Käthes Kopf näherte sich ihm, da wandte er sich ab, die Baumzacken zerissen ihn.

Drüben, im andern Hause, stand der alte Hartmann am Fenster und schaute das Mädchen an, das reglos in die Nacht starrte. Seine Frau und die Tochter waren längst schlafen gegangen, ihn hielt der Schatten am Fenster des Mädchenzimmers wach. Ein paarmal versuchte er hinüberzuwinken. Er tat das, als wolle er sich durchs Haar fahren, um sich nicht lächerlich zu machen, wenn seine Winke unerwidert bleiben sollten. Dann wagte er Kußhände, währenddessen er seinen grauen Bart strich.

Als Käthe den Nachbarn am Fenster gewahrte, begriff sie sofort seine Gebärden. In Ekel und Zorn schoß ihr das Blut in die Stirne, sie schlug den Fensterladen zu und murmelte unzärtliche Worte. Dann las sie den Kopf des Briefes. Ihr Poldi war doch ein Mann. Wie er politisieren konnte. Sie las die Schilderungen immer wieder durch. Am Schluß gefielen sie ihr besser als die Ergüsse unterm Strich, von denen sie doch nichts Gewisses haben konnte. Aber was sie oben las, das waren Tatsachen. In diesen Erzählungen zeigte sich Podi als wahrer Mann, als Politiker.

Die Kerze war heruntergebrannt. Käthe mußte sich im Dunkeln zu Bett legen. Sie schlief unruhig, wurde die Träume und Wünsche nicht los, die beharrlich an ihrem Schlaf zehrten. Sie drehte sich um, starrte ängstlich in der Finsternis um sich. Sie hatte ein drückendes grausames Gesicht erlebt. Poldi stand im Kampfe, mitten unter hundert jungen blutbespritzten Soldaten. Es kam ein ungeheuer schweres Gefährt auf die Männer zu, aus dem nach jeder Raddrehung große geschliffene Messer wie Riesensensen herausfuhren. Sie schnitten die Beine der Soldaten ab, die Köpfe der stürzenden Verletzten. Jetzt war es noch eine Fußlänge, und Poldi kam unter die Maschine. Brüllend vor Entsetzen riß sie, Käthe, das Herz aus ihrer Brust und gab es ihm. Er schleuderte das tropfende Herz unter die Maschine. Es enzündete sich und jagte alle Mordsensen in die Luft. Käthes Herz hatte die Schlacht und den Geliebten gerettet. Als sie sich ihres Glückes freuen wollten, wurde das Mädchen gewahr, daß sie mit ihrem Herzen auch die Liebe von sich geworfen hatte. Ihr Herz konnte nicht mehr für den Geliebten schlagen. Sie weinte jammerlos vor Schmerz und erwachte in einem neuen lähmenden Schrecken. Die Weckuhr lief rasselnd ab. Ihre Glieder den müden Kopf aus dem Kissen und stand auf. Ihre Glieder waren zerschlagen, sie bewegte sich in der Morgenkälte, als schleppe sie Lasten an ihren Knien fort. Dann ging sie ihrer Arbeit im Hause nach.

Als sie den Frühstückstisch ordnete, kam die Frau auf ihren leisen Sohlen in die Stube. Käthe erschrak und ließ eine Tasse auf den Teppich kollern. Es gab keine Scherben, aber die Frau sagte: „Lächerlich."

Am Abend verlangte Käthe eine Kerze. Die Frau, die jede Kleinigkeit in ihrem Buche aufschrieb, nahm eine neue Kerze aus der verschlossenen Schublade, sagte aber zu dem Mädchen: „Ich hoffe, daß diese ein paar Tage vorhält." Käthe richtete sich ein, aber sie vergaß am andern Tag die Kartoffeln zum Hasenbraten. In der gleichen Woche ließ sie das Gemüse anbrennen.

„Es ist unerhört!" sagte die Frau ärgerlich, als sie dem Geruch in der Küche nachspürte. „Die Zeiten sind so teuer, überall ist Krieg in der Welt, man verliert sein Geld, muß froh sein, daß man noch was zum Essen auf den Tisch bekommt, und Sie verderben einem nun noch den letzten Bissen."

Käthe hörte aus den Vorwürfen nichts heraus als das Wort: Krieg. Aha, dachte sie, mein Traum hat mich nicht betrogen. Er, der mir in jeder Woche zweimal schreibt, gibt seit drei Wochen kein Lebenszeichen. Weiß Gott, wie es um den Armen steht. Vielleicht erwartet ihn der Tod vor Kanonenläufen, ohne daß ich etwas weiß, ohne daß ich ihn schützen kann.

Sie tat ihre Arbeit mit leerem Kopf, mit unruhig tappenden Händen. Die Frau achtete nicht mehr darauf, da sie selbst ihre Sorgen hatte. Als sie abends mit ihrem Manne bei Tische saß, erzählten sie sich: „Was soll daraus werden?" sagte er. „Alle Kurse sinken. Wir glaubten unser Geld sicher und gut angelegt zu haben und jetzt . . . ." Er knüllte seine Zeitung mit der schlechten Nachricht zusammen und warf sie auf die Erde.

Die Frau seufzte tief auf. „Es ist zum Verzweifeln. Wenn es so weiter geht, kommen wir noch an den Bettelstab. Greift der Kriegsbrand um sich, so kann man das Leben wegwerfen. Ich kann mir solch ein Leben überhaupt nicht ausdenken."

Wie undankbar, dachte Käthe in ihrer Küche. Sie hat ihren Mann bei sich sitzen, hat zu essen und zu leben und will das Leben wegwerfen, wenn ihr einmal das Geflügel bei Tische fehlen sollte. Ich will gern hungern und leiden, wenn ich nur meinen Poldi wieder lebendig bei mir sehen könnte.

Während sie die Möbel abstaubte, die Fußböden kehrte, Kartoffeln schälte und Speisen rührte, zerquälte sie sich unablässig, warum die Menschen Krieg miteinander führten, warum sie junge Menschen abschlachteten und nicht lieber Alte, Kranke, Krüppel, Blödsinnige. Sie wollte ihren Poldi haben, wie sie es sich versprochen hatten, sie wollten einen Fleischerladen aufmachen, fleißig arbeiten, Geld sparen und ihre Kinder etwas werden lassen. Das alles war wichtiger, zu leben und zu schaffen, als gesunde Burschen totzuschlagen und arme Mädchen unglücklich zu machen.

Da sich Käthes Kopf mit solchen Gedanken erfüllte, blieb darin kein Raum mehr für die gewöhnlichen Geschäfte des Tages. Am Sonntage vergaß sie die Sauce zur Nachspeise.

Der Herr schlug auf den Tisch. „Das ist zu arg! Wo haben Sie bloß Ihren Kopf?“

„Bei Ihnen ists wohl nicht richtig“, fuhr sie die Frau an. Als sie später in die Küche kam, bat Käthe um Entschuldigung. „Verzeihen Sie, gnädige Frau, aber ich bin so aufgeregt und verzweifelt. Seit drei Wochen schreibt mein Bräutigam nicht. Vielleicht haben sie ihn totgeschlagen und . . . und . . . und.“ Sie brach in Schluchzen aus.

„Schlagen Sie sich das aus dem Kopf“, erwiderte die Frau. „Ihr Bräutigam ist doch Oesterreicher und braucht sich nicht zu schlagen. Ja, wenn es über der Grenze wäre. Und wenn . . . so müssen Sie trotzdem Ihren Kopf bei der Arbeit haben. Das ist einmal so. Was haben Sie zu verlieren? Aber bei uns geht ein Vermögen kaput, sehen Sie, das ist traurig und schlimm. Dennoch halten wir den Kopf hoch.“

Das habe ich gehört, dachte sich Käthe. Sie wechselte die Farbe nach der Rede der Frau. Aber sie war getröstet, daß ihr Poldi doch nicht im Kriege stand. Ihr Lebensmut erwachte. Sie begann die Küche gründlich zu stöbern, scheuerte mit Sorgfalt die Stühle, den Tisch, den Schrank, die ganze Einrichtung der Küche. Dann machte sie die Fenster blank, hauchte auf das Glas, rieb, bis alles ohne Tadel war. Sie machte die Töpfe sauber, glänzte die Messingknöpfe, bürstete die Herdplatte, konnte nicht genug Gegenstände finden, um die Gesundheit ihres Leibes und die Freude ihres Herzens aus sich zu befreien.

Am Mittwoch kam der Briefträger und gab ein Paket für sie ab. In einem zitronengelben Schächtelchen lag eine kleine Uhr, aus einem Seidenpapier wickelte sie ein langes, mit Goldfäden besticktes Tuch. Käthe wusch die Hände zweimal und streichelte das feine Gewebe. Sie ging in ihre Kammer und las langsam und andächtig des Geliebten Brief. Er lebte, war gesund und hatte das Geld für sein Mädchen gespart.

Als Käthe selig in der Küche saß, meinte die Frau: „Nun, wenn Sie wieder für den Kopf Ihres Schatzes fürchten, lassen Sie Ihre Tränen in der Arbeit aus, das ist ganz gut.“

Im Zimmer aber meinte sie zu ihrem Manne: „Was diese gewöhnlichen Mädchen empfindlich sind. Wegen eines Soldaten! Sie müßte meine Sorgen haben. Die ganze Nacht habe ich kein Auge zugemacht und muß doch die Wirtschaft führen.“

Der Mann warnte: „Sag ihr nur nicht, daß die Dinge doch recht böse drüben stehen, sonst schlägt sie alles kaput.“

„Ich werde mich hüten, ihr das zu sagen. Ich werde auch alle Zeitungen verstecken.“ Dann stieg eine Hoffnung in ihr auf: „Na, wenn bei dem Mädchen der Kurs steigt, tut er das vielleicht auch bald bei uns.“

Der Sternenhimmel im März.

Ein scharfes Auge erkennt auch unbewaffnet, daß das lichte Abendgestirn, das seit Dezember v. J. am Westhimmel prangt und jetzt bei klarer Luft schon mit Sonnenuntergang sichtbar ist, eine nach Osten geöffnete Sichel darstellt. Am 12. Februar, als Venus ihren größten östlichen Abstand (Elongation) von der Sonne hatte, war ihr Erscheinen mit derjenigen des Mondes im ersten Viertel gleichartig; seitdem hat die Sichel stetig abgenommen und am 19. März wird sie der Mondphase, wie diese sich vier oder fünf Tage nach dem Neumonde zeigt, ähnlich sein. Trotzdem gewinnt bis dahin das herrliche Gestirn immer mehr an Glanz, was sich dadurch erklärt, daß es der Erde immer näher kommt; seine Entfernung von der Erde betrug am 1. März 85 Millionen Kilometer, beträgt am 19. März aber nur noch 66 Millionen Kilometer, sodaß die Sichel, wenn sie im Verhältnis zur Planetenscheibe auch schmaler geworden ist, doch wieder an scheinbarer Größe wegen ihrer Annäherung zur Erde gewonnen hat und uns aus dieser Nähe von der über ihrer Atmosphäre liegenden dichten Wolkenhülle, die von dem Festlande nichts erkennen läßt, eine reflektierte Sonnenlichtfülle zuschickt, die 40—50mal intensiver ist, als das Licht eines hellen Fixsternes erster Größe.

Von dieser Lichtfülle, die bei Nacht Schatten zu werfen vermag und bei der Humbold in südlichen Breiten die Grade am Sextanten ablesen konnte, ist eine abergläubische Menge schon öfter erschreckt worden, z. B. 1630 in Tübingen, 1716 in London und 1798 in Paris. Aber die Sonnenmasse hält mit der unsichtbaren Fessel der Anziehungskraft die Planetenmassen in ihren ewigen elliptischen Bahnen fest oder zwingt sie in diese nach kleinen Störungen schnell wieder zurück. So wird Venus, die vom 19. März ab wieder an Glanz verlieren und, da sie nach langsamem Vorschreiten im Widder allmählich zum Stillstande zu kommen scheint, auch immer kürzere Zeit nach Sonnenuntergang sichtbar sein wird, im folgenden Monat die untere Konjunktion mit der Sonne, d. h. ihre Stellung zwischen der Erde und der Sonne in 41 Millionen Kilometer Entfernung von der Erde, erreichen und dann, am Morgenhimmel erscheinend, sich von der Erde wieder entfernen, bis daß im Februar nächsten Jahres die Entfernung 257 Millionen Kilometer betragen wird.

Am Abendhimmel sahen wir Venus zum letzten Male im größten Glanze am 10. August 1911 und das nächste Mal werden wir sie so wiedersehen am 24. Oktober 1914. Es dauert 584 (genauer 583,92) Tage, bis daß Venus, von der Erde aus beobachtet, wieder in dieselbe Stellung zur Sonne kommt. Der Astronom nennt diese Zeit die synodische Umlaufszeit des Planeten im Unterschiede von der siderischen, die für Venus 224,701 Tage beträgt (für die Erde bekanntlich 365,256 Tage). Wie aber schon die Monate August und Oktober sagen, finden die Konstellationen des größten Glanzes der Venus am Abendhimmel bei verschiedenen Stellungen im Sternenhimmel statt; die gleiche Stellung auch in dieser Beziehung wird erst immer nach ziemlich genau acht irdischen Jahren, die 13 Venusjahren entsprechen, erreicht (8mal 365,256 = 2922,048, 13mal 224,701 = 2921,113). An derselben Stelle des Widders, wie am 19. März d. J., wird Venus ihren größten Glanz somit erst wieder am 17. März 1821 entfalten.

Venus bleibt am Anfange dieses Monats in Lübeck nach Sonnenuntergang 4 Stunden 36 Minuten sichtbar, die Sichtbarkeitsdauer nimmt dann rascher und rascher ab und beträgt am Ende des Monats eine Stunde weniger, als am Anfang. Auch Merkur erscheint, durch das Sternbild der Fische schreitend, am Abendhimmel, ist Mitte des Monats 1¾ Stunden sichtbar und taucht darauf mit rückläufiger Bewegung wieder im Lichte der Sonne unter. Saturn, südostlich von den Plejaden als Stern erster Größe erkennbar, rückt im Stier langsam dem Aldebaran näher und ist nach Sonnenuntergang am 1. März in Lübeck 7 Stunden 26 Minuten, am 1. April nur noch 4 Stunden 38 Minuten zu beobachten. Mars wandert durch den Steinbock und erscheint am Morgenhimmel etwa 1 Stunde vor Sonnenaufgang. Erst im Juni wird er eine für die Beobachtung günstige Stellung einzunehmen beginnen. Nur um ein Weniges früher als Mars geht Uranus, im Steinbock sich rechtläufig bewegend, am Morgenhimmel auf. Jupiter dagegen geht schon 2½ Stunden vor der Sonne auf und zeigt sich als ein glänzendes Gestirn im Schützen. Neptun, in den Zwillingen südlich von Pollux rückläufig, bleibt bis 2½ Stunden vor Sonnenaufgang mit dem Fernrohre sichtbar.

Im Nordosten erstreckte sich am 1. März, abends 10 Uhr, der große Bär und wies mit seinen Rückensternen auf den über den Horizont gestiegenen Arktur im Bootes hin, an dem sich nach Norden hin die halbkreisförmige Krone mit der Gemma anschloß. Tief am nordöstlichen Horizonte steigt die Leier mit der hellen Wega, am nördlichen der Schwan mit Deneb empor. Zwischen dem Polarsterne und dem nördlichen Horizonte steht Cepheus, westlich von ihm Cassiopeia und weiter Andromeda, Dreieck und Widder, die sich dem Untergange zuneigen. Im Süden steht hoch am Himmel im Meridian der Krebs, westlich von ihm der Kleine Hund mit Prokyon, im Südwesten die Zwillinge mit Kastor und Pollux und von ihnen nach dem Südwesten hin Orion, dessen Gürtelsterne auf den über dem südsüdwestlichen Horizonte flammenden Sirius im Großen Hund hinweisen. Der Fuhrmann mit Capella und weiter der Stier mit Aldebaran stehen im Westen. Der Große Löwe mit Regulus steht auf gleicher Höhe mit dem Krebs und wird bald von Osten her über den Meridian schreiten. Östlich von ihm erstreckt sich die Jungfrau mit Spika, die gerade über den Horizont aufgestiegen ist.

Die Sonne tritt am 21. März von dem Zeichen der Fische (Sternbild des Wassermannes) in das Zeichen des Widders (Sternbild der Fische). Das ist der Punkt der Frühlings-Tag- und Nachtgleiche. Der halbe Tag- wie der halbe Nachtbogen sind mit 90 Grad oder 6 Stunden einander gleich. Die Sonne, die am 1. März über dem Horizont von Lübeck eine Höhe von 28,42 Grad hat, steigt bis zum 21. März auf eine Höhe von 36,14 Grad und erreicht am 1. April eine Höhe von 40,54 Grad. Die Aufgangs- und Untergangszeiten sind für Lübeck in mitteleuropäischer Zeit folgende:

	Aufgang	Untergang	Tageslänge
1. März	7 Uhr 9 Min.	5 Uhr 51 Min.	10 Std. 42 Min.
8. „	6 „ 53 „	6 „ 5 „	11 „ 12 „
15. „	6 „ 36 „	6 „ 18 „	11 „ 42 „
22. „	6 „ 18 „	6 „ 31 „	12 „ 13 „
29. „	6 „ 1 „	6 „ 44 „	12 „ 43 „
1. April	5 „ 53 „	6 „ 50 „	12 „ 57 „

Die Tageslänge nimmt im März also um 2 Stunden 15 Minuten zu.

Es wird auffallen, daß die für den 22. März angegebene Tageslänge schon erheblich über 12 Stunden hinausgeht. Dies ist darauf zurückzuführen, daß die Sonne infolge der Lichtbrechung (Horizentalrefraktion) schon über dem Horizonte erblickt wird, bevor sie wirklich über ihn emporgestiegen ist, ferner, daß die Tageslänge von und bis zu dem Augenblicke berechnet worden ist, an dem der Sonnenrand mit den ersten Strahlen erscheint und verschwindet.

Der Mond zeigt folgende Phasen: Neumond am 8. März 1½ Uhr nachts, erstes Viertel am 15. März 10 Uhr abends, Vollmond am 22. März 1 Uhr nachmittags, letztes Viertel am 29. März 2 Uhr nachmittags. Seinen tiefsten Stand erreicht er im Meridian am 1. März mit 7,46 Grad, seinen höchsten am 16. März mit 64,87 Grad und dann wieder seinen tiefsten am 28. März mit 7,41 Grad über dem Horizont von Lübeck.

Eine am 21. März stattfindende totale Mondfinsternis ist bei uns nicht sichtbar; das Sichtbarkeitsgebiet erstreckt sich auf Nordamerika, die westliche Hälfte Südamerikas, den Stillen Ozean, Australien, die östliche Hälfte des Indischen Ozeans und Asien mit Ausnahme von Persien, Arabien und Kleinasien.

Am 11. März etwa um 9 Uhr abends steht Venus in Konjunktion mit dem Monde, der eine schmale Sichel zeigt. Begegnungen der beiden Gestirne gehören mit zu den schönsten Erscheinungen am Sternenhimmel. Venus wird 3 Grad nördlich vom Monde stehen. Am 13. März zwischen 10 und 10½ Uhr werden die Plejaden vom Monde bedeckt werden.

Sternschnuppenfälle werden von den Sternbildern des Großen Bären, des Herkules und der Wage ausgehen.

Eintagsfliegen.

Von Georg Ulmer.*)

An einem schönen sonnigen Julitag des Jahres 1897 hatte ich einen Ausflug in die Umgebung Kassels unternommen. Abends gegen 8 Uhr kehrte ich zurück. Das Wetter war schon am Spätnachmittag umgeschlagen; es war kühl geworden und ein kräftiger Regen brach los. Ein Versuch, am Bahnhof Bettenhausen in die Pferdebahn zu steigen, mißlang, da alles „besetzt“ war. Ebenso wie ich, mußten viele Ausflügler ihren Rückweg zu Fuß antreten. Ziemlich mißmutig marschierten wir mit aufgespanntem Regenschirm dahin.

Und doch war es gut, daß ich die Bahn nicht benutzt hatte; denn sonst wäre mir ein sehr interessantes Schauspiel sicherlich entgangen. Als ich mich der Fuldabrücke näherte, welche den Holzmarkt mit dem Altmarkt verbindet, sah ich plötzlich eine ungeheure Zahl von weißen Flocken in der Luft schweben und auf die Erde fallen. Zugleich riefen die Leute: „Es schneit, es schneit!“ Ganz überrascht blieb ich stehen, um mir das merkwürdige Schauspiel eines Schneefalles im Hochsommer genauer zu betrachten. Was da nun in dichten, weißen Massen sich auf die Erde senkte, das war allerdings kein Schnee; aber doch konnte man den Ausruf der Menschen begreifen; denn wie wirkliche Schneeflocken tanzte es in der Luft umher und bedeckte in kurzer Zeit in dicker Schicht alle Gegenstände, die Brücke, die Straße, die Passanten. Mir war das gerade recht, daß sich die seltsamen „Flocken“ auch auf mich niederließen, konnte ich sie doch so ganz bequem betrachten. Es waren Wesen von Fleisch und Blut, Insekten mit langem dünnem Körper, mit langen Schwanzfäden und vier netzadrigen Flügeln — es waren unermeßliche Scharen von Eintagsfliegen! Der starke Regen und der kalte Wind wüteten furchtbar unter den zarten Tierchen; Tausende und aber Tausende stürzten nach kurzem Flug, wobei sie besonders den elektrischen Bogenlampen zustrebten, nieder; es sah wirklich so aus, als ob ein heftiges Schneetreiben Kassel heimgesucht hätte. Mehrere Zentimeter hoch bedeckten die nassen, zappelnden Insekten den Boden, so daß es mir leicht war, eine ganze Anzahl von ihnen zu sammeln. Einige suchten Schutz an trockenen Stellen und krochen uns in die Ärmel hinein und unter den Rockkragen; die meisten aber wurden vom Regen niedergeschlagen, ertranken in den Fluten der Fulda, der sie entflammten, oder im Schmutze der Straßen.

Auf dem Wege nach meiner Wohnung konnte ich noch überall, so auf dem Schloßplatz, dem Stelnweg, dem Friedrichsplatz, der Friedrichstraße usw. den Schwarm beobachten; allerdings nahm seine Dichtigkeit mit der größeren Entfernung von der Fuldabrücke immer mehr ab. Wie gewaltig groß die Menge der so plötzlich und zu gleicher Zeit ausgeschlüpften Insekten war, das geht wohl noch daraus hervor, daß im Wiener Café am Friedrichsplatz alle Speisen und Getränke im Nu von ihnen bedeckt waren. Es blieb nichts anderes übrig, als dort die Lampen zu löschen; denn diese zogen fortwährend neue Scharen an.

Die meisten der von mir beobachteten Tierchen werden nicht einmal einen einzigen Tag gelebt haben; vielleicht war ihre Lebensdauer sogar nur auf eine kurze Reihe von Minuten bemessen. Kaum dem Wasser entstiegen, sanken sie schon wieder zurück; wie es ihre Wiege gewesen war, so wurde es jetzt auch ihr Grab! Selbst diejenigen, die ein trockenes Plätzchen gefunden hatten, vielleicht unter der Brücke oder in den Häusern, hatten kein langes Leben zu erwarten. Deutet doch schon der Name „Eintagsfliegen“ darauf hin, wie kurz ihr Dasein ist. Und wenn einige vielleicht bei günstigem Wetter auch noch einen zweiten und dritten Tag am Leben blieben, länger gewiß nicht! Sie müssen ganz einfach verhungern; da ihre Mundwerkzeuge gänzlich verkümmert sind, können sie keine Nahrung aufnehmen.

Aber was sie in dieser Zeit noch tun müssen, das tun sie: sie sorgen für ihre Nachkommenschaft. Zahllose Weibchen erblickte ich in dem Schwarme; sie waren von den Männchen schon durch den aufgetriebenen Hinterleib zu unterscheiden, aus welchem dicke gelbliche Massen in Stangenform hervorquollen. Diese gelben Massen waren die Eier; beim Hervortreten aus dem Leibe bildete die Laichmasse, in der Hunderte von Eiern waren, zwei halbwalzenförmige Körper; und nach dem Fallenlassen der Eier war der Leib ganz leer, so daß er nur noch aus der Haut bestand; alle inneren Organe waren jedenfalls nach der Brust zu auf einen kleinen Raum zusammengedrängt. Todesmatt sanken die Tierchen nieder, aber den Bestand ihrer Art hatten sie gesichert. Aus den ins Wasser gefallenen Eiern werden neue Larven, und aus den Larven neue Insekten erstehen, die dann vielleicht nach Jahren einem anderen Beobachter dasselbe Schauspiel gewähren wie uns. Der nächste Morgen zeigte mir Tausende in allen Regenrinnen der Stadt zusammengeschwemmt; aber der Schwarm war verschwunden; an der Fuldabrücke und an anderen Stellen der Fulda sah ich in den nächsten Tagen kaum noch ein einzelnes lebendes Tier, einen Nachzügler.

*) Aus dem soeben erschienenen, höchst interessanten und lehrreichen Buch „Unsere Wasserinsekten“ von Georg Ulmer. 165 S. mit 119 Abbildungen im Text und 8 Tafeln. In Leinwand gebunden 1,80 Mk. Verlag von Quelle u. Meyer in Leipzig.

Für unsere Frauen.

Geburtenhäufigkeit und Sterblichkeit.

Die Frage nach den Ursachen des Geburtenrückganges und der Einschränkung der Kinderzeugung ist so oft erörtert worden, daß es kaum möglich ist, neue Gesichtspunkte heranzuziehen. Eine uns vorliegende Arbeit von dem bekannten Münchener Arzt Dr. Julian Marcuse (Die Beschränkung der Geburtenzahl. München bei Ernst Reinhardt. 1913. 151 S. 2,80 Mk.) zeichnet sich daher weniger durch neue Erkenntnisse aus, als durch eine bei aller Vorsicht recht frische Art, die Probleme anzufassen und zu beantworten. Statt einer Gesamtübersicht des Inhalts, die Bekanntes wiederholen müßte, sei daher nur kurz auf einige für Proletarierinnen wichtige Resultate hingewiesen.

Die zunehmende Berufsarbeit der Frau hat notwendig eine Reihe von organischen Störungen zur Folge. Wenn junge Mädchen von 14 bis 16 Jahren unmittelbar nach der Schule der Fabrik überliefert werden, erleidet die in diesen Jahren sich vollziehende Reifung der Geschlechtsorgane durch die anhaltende körperliche Arbeit in geschlossenen Räumen, die einseitige Inanspruchnahme bestimmter Muskeln und Organe, den Mangel an freier Bewegung und frischer Luft, die besonderen Schädigungen der Technik des Berufs Hemmungen aller Art. Erkrankungen der Geschlechtsorgane und Unfruchtbarkeit sind leicht Folgeerscheinungen dieser Störungen. Für die verheiratete Fabrikarbeiterin bildet die Vereinigung von Berufsarbeit und Mutterschaft körperlich und wirtschaftlich eine große Belastung. Die Tatsache, daß die Arbeit von Frauen zwischen 30 und 50 Jahren zunimmt, beweist, daß gerade die zunehmende Kinderzahl die Mutter aus dem Hause treibt. Die Lebensbedingungen des Proletariats verursachen den Widerspruch, daß der Erwerbszwang der Mutter um so dringender wird, je notwendiger und dringender die Mutterpflichten im Hause sich geltend machen. „Für die verheiratete Arbeiterin wird daher die Einschränkung der Kinderzahl geradezu zur Lebensnotwendigkeit, ihr aufgezwungen zur Erhaltung der Arbeits-